

**UOKG e.V. (Hrsg.)**

**„Ein Licht der Hoffnung und des Anstands“-  
Formen des Widerstandes und der Opposition:  
20. Juli 1944 und Friedliche Revolution 1989**

**Kongress  
der Union der Opferverbände  
kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG)  
am 15. November 2014 in Berlin**

UOKG e.V. (Hrsg.)

Herstellung:  
Satzherstellung Werner Neymanns

BUNDESSTIFTUNG  
AUFARBEITUNG 

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der  
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herausgegeben durch die Union der Opferverbände  
kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der UOKG dar.  
Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autoren die Verantwortung.

Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) e.V.  
Ruschestr. 103, Haus 1, 10365 Berlin  
Tel.: 030-55779351, Fax: 030-55779340  
[www.uokg.de](http://www.uokg.de)

# Inhaltsverzeichnis

## **Einleitung**

Am 15. November 2014 fand im Besucherzentrum der Gedenkstätte Berliner Mauer der UOKG-Kongress „`Ein Licht der Hoffnung und des Anstands` - Formen des Widerstandes und der Opposition: 20. Juli 1944 und Friedliche Revolution 1989“ statt.

Der vorliegende Tagungsband präsentiert die Texte der im Rahmen der Veranstaltung gehaltenen Redebeiträge.

Wir danken der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, die sowohl den UOKG-Kongress förderte als auch die Herausgabe dieser Publikation ermöglichte.

UOKG e.V.

**Dr. Axel Smend**

## **Der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus und seine Rezeption bis heute**

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich bin mir der Bedeutung und der Geschichte des Ortes, an dem ich zu Ihnen hier sprechen darf, sehr bewusst und empfinde es als eine Ehre, gerade hier mit Ihnen zu reden und zu diskutieren.

Wir sprechen heute über Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Was ist denn eigentlich Widerstand?

Ist es Widerstand, wenn ich heute in einer Schulversammlung der Meinung des Direktors widerspreche? Ist es Widerstand, wenn ich mich in Berlin am Brandenburger Tor gegen die deutsche Außenpolitik vor einer größeren Öffentlichkeit wende? War es Widerstand, wenn jemand zur Zeit des Nationalsozialismus am Brandenburger Tor sich öffentlich gegen Hitler ausgesprochen hat, war das Widerstand? War es Widerstand, wenn jemand 1942 Flugblätter, deren Inhalt sich deutlich gegen Hitler und sein Regime ausgesprochen haben, an U-Bahnhöfen und in Universitäten ausgelegt hat? War das Widerstand?

War es Widerstand, wenn jemand im Dritten Reich einen Verfolgten versteckt hat, vor der GESTAPO? War es Widerstand, wenn jemand in der DDR-Zeit als DDR-Bürger Leuten zur Flucht verholfen hat oder auch Flugblätter, die sich gegen das DDR-Regime ausgesprochen haben, verteilt hat?

Heute sprechen wir über Widerstand zur Zeit des Nationalsozialismus, und da war Widerstand ein Tun (also eine Tat) oder ein Unterlassen (also Verschweigen, z. B. gegenüber der GESTAPO), bei vollem Risiko für das eigene Leben und das der Familie.

Und nun, nach Klärung des Wortes „Widerstand“, möchte ich gerne auf die nächsten Begrifflichkeiten des Vortragsthemas zusteuern, nämlich etwas sagen zu den einzelnen Widerstandskreisen.

- Wer von Ihnen kennt **Georg Elser**?

Ich behaupte heute: Georg Elser hätte, wenn ihm seine Tat geglückt wäre, die Weltgeschichte verändert.

Georg Elser ist ein Schreiner aus Franken. 1938 schon fasst er den Entschluss, „Hitler und die NS-Führung“ zu töten, mit dem Ziel, *„Durch meine Tat ein noch größeres Blutvergießen zu verhindern.“* (Georg Elser, November 1939)

Was tat er? Im Sommer 1939 lässt sich Georg Elser in mehr als 30 Nächten im Bürgerbräukeller in München einschließen und höhlt einen Pfeiler aus, in den er einen von ihm selbst konstruierten Sprengkörper platziert. Hitler sollte am Abend des 8. November 1939 dort vor dem Pfeiler sprechen. Aber Hitler verlässt an diesem Abend 13 Minuten vor der Explosion den Saal. Die heftige Explosion hätte ihn sehr wahrscheinlich getötet. Elser wird festgenommen, später in den Konzentrationslagern Sachsenhausen und Dachau inhaftiert und kurz vor Kriegsende, am 9. April 1945, dort erschossen.

Das Faszinierende an der Persönlichkeit Elsers ist, dass er die Tat völlig alleine geplant hat und dieses weit vor Ausbruch des 2. Weltkrieges.

- Wer kennt die **Geschwister Scholl**?

Natürlich alle!

Hans und Sophie Scholl aus München haben, zusammen mit anderen, Flugblätter, deren Inhalt sich deutlich gegen das nationalsozialistische Regime ausgesprochen hat, entworfen und öffentlich ausgelegt.

So schrieben sie in ihrem Flugblatt 1942 zum Beispiel, ich zitiere: *„Nicht über die Judenfrage wollen wir in diesem Blatte schreiben, nein, nur als Beispiel wollen wir die Tatsache kurz anführen, die Tatsache, dass seit der Eroberung Polens 300.000 Juden in diesem Land auf bestialischste Art ermordet worden sind. Hier sehen wir das fürchterlichste Verbrechen an der Würde des Menschen, ein Verbrechen, dem sich kein ähnliches in der ganzen Menschengeschichte an die Seite stellen kann. Auch die Juden sind doch Menschen – man mag sich zur Judenfragen stellen wie man will -.“*

Am 18. Februar 1943 wurden Hans und Sophie in der Münchner Universität „gestellt“ und vier Tage später in Stadelheim bei München nach einem Schauprozess mit Roland Freisler als Präsident des Gerichtes durch Fallbeil hingerichtet.

Von Hans Scholl kommt der so sehr von uns allen zu beherzigende Satz: *„Nicht wir müssen etwas tun, sondern ich muss etwas tun.“*

- **Kreisauer Kreis**

*„Seit 1940 fanden sich in Berlin, auf dem schlesischen Gut Kreisau und in München Gesprächsgruppen oppositionell gesinnter Männer und Frauen aus unterschiedlichen sozialen Schichten und geistigen Traditionen zusammen. Geistiger Mittelpunkt waren die Freunde Helmuth James Graf von Moltke und Peter Graf Yorck von Wartenburg. Ziel des Kreisauer Kreises war es, Grundzüge einer geistigen, politischen und sozialen Neuordnung nach dem Ende des Dritten Reiches zu erarbeiten. Durch Tagungen, Gespräche und Denkschriften wollten sie sich auf „die Zeit danach“ vorbereiten. Im Sommer 1940 formulierte Moltke eine längere Denkschrift über die Grundlagen des Staatsdenkens als Ausgangsbasis weiterer Diskussion zwischen ihm, Yorck, Otto Heinrich von der Galentz und Carl Dietrich von Trotha. In den folgenden Jahren vervollkommneten sich die Überlegungen an einzelnen Fragen von Politik und Verwaltung. Als Ergebnis der drei großen Zusammenkünfte des Kreisauer Kreises, die Pfingsten 1942 und 1943 sowie im Oktober 1942 stattfanden, verfasste Moltke „Grundsätze für die Neuordnung“. Sie standen im Mittelpunkt vieler Gespräche im Kreisauer Kreis, dessen Mitgliedern auch schon frühzeitig das gesamte Ausmaß der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen bekannt war.“* (Lexikon des Widerstandes 1933 – 1945; Verlag C.H. Beck München; 1994; S. 112 f.)

## ▪ Die Rote Kapelle

Schon in den dreißiger Jahren entstehen um den späteren Oberregierungsrat im Reichswirtschaftsministerium Harnack und den Mitarbeiter des Reichsluftfahrtministeriums Schulze-Boysen Widerstandskreise, denen sich später weitere Gruppen ganz unterschiedlicher sozialer Herkunft anschließen.

Die Methoden ihres Kampfes gegen den Nationalsozialismus sind vielfältig. Sie helfen Verfolgten, wenden sich in Flugschriften und Klebezetteln an die Öffentlichkeit und nehmen Kontakte zu Gleichgesinnten auf. Anfang 1941 kommt es zu mehreren Treffen von Harnack und Schulze-Boysen mit sowjetischen Diplomaten. Durch die Verbindung mit der Sowjetunion hofften sie, auf die Entwicklung Deutschlands in der Zeit nach dem Ende der NS-Herrschaft Einfluss zu nehmen und so die Eigenstaatlichkeit Deutschlands zu sichern.

Doch im Sommer 1942 wird das Netzwerk um Harnack und Schulze-Boysen aufgedeckt. Die GESTAPO ermittelt unter dem Sammelnamen „Rote Kapelle“ und will es vor allem als eine Spionageorganisation der Sowjetunion beurteilt wissen, was falsch ist.

Ende 1942 fällt das Reichskriegsgericht die ersten Todesurteile; insgesamt werden mehr als fünfzig Mitglieder dieser Gruppe ermordet.

## ▪ Die Kirche

Einzelne Personen haben den Mut gehabt, auf der Kanzel und in der Öffentlichkeit aufzubegehren; so zum Beispiel Kardinal Faulhaber und Bischof Galen, die nicht scheuten, sich gegen die Tötung psychisch Kranker öffentlich auszusprechen.

Auch an Pater Delp ist hier als Mitglied des Kreisauer Kreises zu erinnern.

Dietrich Bonhoeffer als Mitglied der Bekennenden Kirche muss erwähnt werden. Er gilt bereits 1933 als entschiedener Gegner der Nationalsozialisten und begründet in seinem Aufsatz: „Die Kirche vor der Judenfrage“, die Pflicht der Christen zum Widerstand gegen staatliche Unrechtshandlungen.

Er schreibt 1939: *„Die Christen in Deutschland stehen vor der fürchterlichen Alternative, entweder in die Niederlage ihrer Nation einzuwilligen, damit die christliche Zivilisation weiter leben kann, oder in den Sieg einzuwilligen und damit unsere Zivilisation zu zerstören. Ich weiß, welche dieser Alternativen ich zu wählen habe ...“*

Anfang April 1943 wird Dietrich Bonhoeffer festgenommen. Ohne Gerichtsverfahren bleibt er zwei Jahre im Berliner Gefängnis Tegel inhaftiert. Im Februar 1945 wird er in das Konzentrationslager Flossenbürg gebracht und hier am 9. April 1945 auf Befehl Hitlers ermordet, kurz vor Kriegsende.

## ▪ Der unbekannte Widerstand

Es hat noch ganz anderen Widerstand gegeben, nämlich den gänzlich unbekanntem! Denken Sie an die Definition des Widerstandes von vorhin!

- Da ist zum Beispiel das Ehepaar Hampel aus Berlin, das Postkarten und mehr als 200 handschriftliche Flugzettel in Berlin, im Einzugsbereich ihrer Wohnung, in Briefkästen und Treppenhäusern auslegt.

Sie fordern darin auf, die Teilnahme am Krieg zu verweigern und Hitler zu stürzen. Das Ehepaar Hampel wird denunziert, festgenommen und ebenfalls wegen Hochverrats zum Tode verurteilt und im April 1943 in Berlin-Plötzensee ermordet. (Buchhinweis: Hans Fallada: „Jeder stirbt für sich allein“).

- Oder da ist die 19-jährige Dagmar Petersen, die bei einem Klassentreffen ehemaliger Rütli-Schüler im Januar 1940 ihre Klassenkameraden wieder trifft. Gemeinsam hören sie im Hause eines Freundes den verbotenen Londoner Rundfunk ab, der in deutscher Sprache über den Kriegsverlauf und andere Ereignisse berichtet. Der kleine Schülerkreis fliegt auf. Durch Misshandlungen werden die Schüler zu Aussagen gezwungen. Dagmar Petersen wird festgenommen, schließlich zu sieben Jahren Zuchthaus verurteilt, die anderen in der Gruppe zum Tode.
- Oder ich denke an Liane Berkowitz, 18 Jahre alt, die zusammen mit ihrem Freund Otto Gollnow etwa 100 Klebezettel in Berlin zwischen Kurfürstendamm und Uhlandstraße verbreitet, Klebezettel mit Anti-Hitler-Inhalt. Zur Tarnung der Aktion benehmen sich die Beiden wie ein Liebespaar. Liane Berkowitz wird Ende September 1942 festgenommen und im Januar 1943 zum Tode verurteilt. Im Frauengefängnis Barnimstraße bringt sie im April 1943 ihre Tochter Irena zur Welt. Irena wird von der Großmutter betreut, fällt aber im Oktober 1943 einer NS-Kranken-Mordaktion zum Opfer, und Liane Berkowitz, die Mutter von Irena, wird im August 1943 in Berlin-Plötzensee ermordet.

Auch Liane Berkowitz, Dagmar Petersen, Ehepaar Hampel, auch sie waren Widerstandskämpfer, völlig unbekannt, sie waren aber widerständig und haben ihr Leben riskiert.

#### ▪ **Militärischer Widerstand**

Ihr Leben riskiert haben auch die Verschwörer des militärischen Widerstandes, über den ich jetzt spreche:

Durch die großen sozialpolitischen Erfolge und die in der Außenpolitik war die Masse der Bevölkerung von Hitler begeistert. Nur einige, die ihm nahe standen, beruflich, in der Verwaltung und im Militär, erkannten seine diktatorischen und verbrecherischen Absichten; Judenverfolgung, Pogrome, Morde, willkürliche Verhaftungen sind nur einige wenige Stichworte!

Schon seit 1937 formierte sich eine Opposition aus Militär und Verwaltung. Zu nennen sind hier sicherlich Persönlichkeiten wie Beck, Canaris, Tresckow, Witzleben. Später kamen andere dazu, wie vor allem Stauffenberg.

#### • **20. Juli 1944**

*„Als sich 1943 wiederholt Attentatspläne zerschlugen und schließlich im Sommer 1944 enge Mitverschwörer wie Adolf Reichwein und Julius Leber verhaftet wurden, entschloss sich Claus\_Schenk Graf von Stauffenberg Anfang Juli 1944, trotz seiner schweren Verwundung und seiner Schlüsselrolle in Berlin, selbst den Anschlag auf Hitler zu wagen. Am 20. Juli 1944 gelang es ihm, eine Bombe in das scharf bewachte Führerhauptquartier Wolfschanze nahe dem ostpreußischen Rastenburg einzuschleusen und in der Lagebesprechung explodieren zu lassen. Es gelang Stauffenberg, das Führerhauptquartier zu verlassen und nach Berlin-Rangsdorf zu fliegen. In Berlin konnte Stauffenberg der Nachricht vom Überleben Hitlers zunächst keinen Glauben schenken und versuchte, gemeinsam mit seinem Freund Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim und General Friedrich Olbricht die Operation „Walküre“ überall im Reich anlaufen zu lassen und hohe Offiziere für den Umsturz zu gewinnen. Ihre Bemühungen scheiterten ebenso wie die von Generaloberst Ludwig Beck und Generalfeldmarschall Erwin von Witzleben, die ihre ehemaligen Kameraden überzeugen und gewinnen wollten. In den späten Abendstunden war das Scheitern des Anschlags erkennbar. Der Bendlerblock, die Berliner Zentrale der Verschwörer, wurde von regimetreuen Truppen besetzt. Noch in derselben Nacht wurden Stauffenberg, dessen Adjutant Werner von Haefften, Mertz von Quirnheim und Olbricht als die Hauptverantwortlichen des Attentats im Innenhof auf Befehl von Generaloberst Fromm erschossen. Ludwig Beck wurde zum Selbstmord gezwungen; Henning von Tresckow nahm sich wenig später an der Ostfront das Leben.“ (Lexikon des Widerstandes 1933 – 1945; Verlag C. H. Beck München; 1994; Seite 235 f.)*

## • Der 20. Juli 1944 in der Öffentlichkeit und seine juristische Aufarbeitung

Die Verschwörer des 20. Juli 1944 wollten „wieder den Weg des Rechts, des Anstands und der gegenseitigen Achtung“ gehen, wie es im Entwurf der Regierungserklärung von Ludwig Beck und Carl Friedrich Goerdeler heißt. Die „vollkommene Majestät des Rechts“ sollte wieder hergestellt und die Konzentrations- und Vernichtungslager aufgelöst werden. Die Widerstandskämpfer planten, die „Judenverfolgung, die sich in den unmenschlichsten und unbarmherzigsten, tief beschämenden und gar nicht wieder gutzumachenden Formen vollzogen hat“, sofort zu beenden.

Aber Hitler hatte den Bombenanschlag überlebt. Am Abend des gleichen Tages befahl Hitler dem Kommandeur des Wachbataillons „Groß Deutschland“, Major Otto Ernst Remer, den Widerstand in Berlin niederzuschlagen. Remers Bataillon besetzte daraufhin die Zentrale des Widerstandes, das Dienstgebäude des Oberkommandos des Heeres im Berliner Bendlerblock.

In der deutschen Öffentlichkeit wurde die Gruppe des 20. Juli 1944 bis weit nach Kriegsende als Verräter wahrgenommen.

In dieser Stimmung wurde im Frühjahr 1951 in Niedersachsen Landtagswahlkampf von der sozialistischen Reichspartei (SRP) gemacht. Die SRP wurde 1949 von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern gegründet. Eines ihrer Aushängeschilder war Otto Ernst Remer, der, wie eben geschildert, am 20. Juli 1944 als Chef des Wachbataillons „Groß Deutschland“ den Staatsstreich niederschlug. Er bezeichnete am 3. Mai 1951 in einer Wahlkampfreden vor rund 1.000 Zuhörern im Braunschweiger Schützenhaus die Gruppe vom 20. Juli 1944 als „vom Ausland bezahlte Hoch- und Landesverräter“.

Der Wahlkampfauftritt Remers hatte ein juristisches Nachspiel. Bundesinnenminister Robert Lehr erstattete im Juni 1951 gegen Remer Anzeige wegen Verleumdung der Widerstandskämpfer. Da er seine Rede in Braunschweig gehalten hatte, fiel die Anzeige in die Zuständigkeit von Generalstaatsanwalt Fritz Bauer, damals tätig am Oberlandesgericht Braunschweig.

Damit Bauers Anklage Erfolg haben konnte, musste er beweisen, dass die Verschwörer des 20. Juli 1944 *keine* Hoch- und Landesverräter waren. Zum Beweis dafür bestellte Fritz Bauer Gutachter verschiedener Fachrichtungen, unter anderem protestantische und katholische Theologen, einen Historiker und einen ehemaligen Generalleutnant der Wehrmacht. Was als formaler Beleidigungsprozess begann, entwickelte sich (neben den Nürnberger und Ausschwitz Prozessen) zu einem der bedeutendsten Verfahren zur Aufarbeitung der NS-Vergangenheit in Westdeutschland.

In seinem Plädoyer führte Fritz Bauer mehrere Argumente an, die das legitime Handeln der Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 bekräftigten:

- Die Intention der Attentäter war es, das Vaterland vor weiterem Schaden zu bewahren. Es lag damit kein Hoch- bzw. Landesverrat vor, auch nicht im juristischen Sinne.
- Der Krieg war im Juli 1944 bereits verloren. Eine Unterstützung seitens des Auslandes erhielten die Widerstandskämpfer nicht. Ziel war die Etablierung eines demokratischen Rechtsstaats.
- Ein Unrechtsstaat, der täglich hunderte Morde begeht, verpflichtet jeden zum Widerstand.

Das Gericht folgte der Anklage, entscheidend aber war, dass es den Männern des 20. Juli 1944 in der Urteilsbegründung bescheinigte, „in nahezu vollständiger Geschlossenheit eben *keine* Landesverräter gewesen zu sein.“ Es bezeugte den Widerstandskämpfern nach einem einwöchigen Prozess „aus Vaterlandsliebe und selbstlosem bis hin zur bedenkenlosen Selbstaufopferung gehenden Verantwortungsbewusstsein gegenüber ihrem Volk gehandelt zu haben.“

Damit wurde ein knappes Jahrzehnt nach dem Attentat auf Hitler der Verleumdung, Hintergrund des Attentats sei der verletzte Ehrgeiz einer entachteten Elite, offiziell widersprochen, was insbesondere für die Hinterbliebenen von unschätzbarem moralischen Wert war. Erst mit dieser Anerkennung der Tat konnte nun die Auseinandersetzung mit dem Inhalt des Vermächtnisses des 20. Juli 1944 beginnen.

### • **Der 17. Juni 1953 und seine Bedeutung für den 20. Juli 1944 in der deutschen Öffentlichkeit**

Ein weiterer Schritt in der Betrachtung des Widerstandes vollzog sich mit dem gescheiterten Volksaufstand der DDR am 17. Juni 1953. Der blutig niedergeschlagene Protest der ostdeutschen Bevölkerung öffnete der westdeutschen Öffentlichkeit schlagartig den Blick auf eine ganze Tradition deutscher Freiheitsbewegungen.

Ein Zufall wollte es, dass drei Tage nach dem Aufstand in der DDR die Gedenkstätte 20. Juli 1944 im Bendlerblock in Berlin eröffnet wurde. Ernst Reuter nutzte als damaliger Regierender Bürgermeister der geteilten Stadt die Gelegenheit, den Aufstand in der DDR als „Tag des zweiten Fanals“ in eine Kontinuität deutscher Freiheitsbewegungen zu stellen.

Plötzlich gefiel es der Öffentlichkeit, das Image der Deutschen als ein Volk von obrigkeitshörigen Mitmachern abzustreifen. In West-Deutschland, das damals Anschluss an die Gemeinschaft westlicher Demokratien suchte, entdeckte man mit dem DDR-Aufstand eine bislang unerkannte gesamtdeutsche Eigenschaft, nämlich den Mut unter Einsatz des eigenen Lebens für ein anderes, freiheitliches Deutschland zu kämpfen. Der 17. Juni galt im Gegensatz zu dem gesellschaftlich noch kaum akzeptierten 20. Juli viel stärker als eine Art „Rehabilitierung“ der deutschen Nation vor den Augen der Welt. Im Schatten des 17. Juni 1953 erschien also auch der 20. Juli 1944 schlagartig in einem anderen, milderem Licht.

### • **Studentenbewegung 60er Jahre**

Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, dass sich mit der Studentenbewegung der 60er Jahre in Deutschland auch das gesellschaftliche und politische Klima wandelte, das insbesondere die Verjährungsdebatten prägte. Aufklärung über das Dritte Reich und die Auseinandersetzung mit der deutschen Schuld wurden nun „groß geschrieben“.

Und so geriet auch die Auseinandersetzung mit dem Widerstand als ein vermeintliches Oberschichtenphänomen in den Sog neuer Perspektiven, zu denen die meines Erachtens längst überfällige stärkere Würdigung „linker“ Widerstandsbewegungen gehörte. Während zum Beispiel der kommunistische Widerstand gegen Hitler in den 50er Jahren noch unter dem Verdacht stand, hier habe lediglich die „braune“ gegen die „rote“ Diktatur ausgetauscht werden sollen, wurde nun zunehmend das Terrain für die bis dato in West-Deutschland ausstehende Anerkennung des kommunistischen und sozialdemokratischen Widerstandes bereitet.

Forschung und Medien wandten sich immer mehr der allgemeinen Widerstandsthematik zu. Die Zeit schien reif, diesem veränderten Interesse auch mit der Erarbeitung eines Gedenkstättenkonzeptes Rechnung zu tragen.

So beauftragte der damalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Richard von Weizsäcker, 1983 die Historiker Peter Steinbach und Johannes Tuchel mit der Ausarbeitung einer umfassenden Dauerausstellung. Mit über 5.000 Fotos und Dokumenten wird seit 1989 in einer Dauerausstellung, die ihren Ort im 2. Stock des Bendlerblocks gefunden hat, also dort, wo das Arbeitszimmer von Stauffenberg als Zentrale der Verschwörung war, des Widerstandes in seiner gesamten sozialen Breite und weltanschaulichen Vielfalt gedacht. Diese Ausstellung ist mittlerweile komplett erneuert und modernisiert und jüngst, nämlich am 1. Juli 2014, von Bundeskanzlerin Angela Merkel neu eröffnet worden.

## • Vermächtnis und Botschaft heute?

Es ist nicht einfach, Bilanz zu ziehen: Die Verschwörer selbst machten sich über das Urteil der Nachwelt wenig Illusionen. *„Vielleicht kommt doch einmal die Zeit, wo man eine andere Würdigung für unsere Haltung findet, wo man nicht als Lump, sondern als Mahnender und Patriot gewertet wird,“* schrieb Peter Graf Yorck von Wartenburg in der Nacht vor seiner Hinrichtung an seine Mutter. Das Attentat musste erfolgen, um mit *„dem entscheidenden Wurf“* – Henning von Tresckow – *„Deutschland vor dem moralischen Untergang zu retten“*: Denn, so sagte er: *„Der sittliche Wert eines Menschen beginnt erst dort, wo er bereit ist, für seine Überzeugungen sein Leben hinzugeben.“*

Bundespräsident Joachim Gauck gab am 20. Juli 2014 im Bendlerblock in seiner Gedenkrede die angemessene und würdige Antwort:

*„Ob jemand als Christ, als Sozialist oder als Angehöriger des Militärs handelte – es war die Opposition gegen Hitler und ein mörderisches Regime, die den Kreisauer Kreis, die Weiße Rose, die Rote Kapelle, die Bekennende Kirche, aber auch Einzelne, wie Georg Elser, und die unbekannt Gebliebenen miteinander verband. Wer Widerstand wagte, blieb damals allein in der Gesellschaft. Wer jedoch entdeckt wurde, zahlte den Preis des Widerstands nicht alleine: die Familien litten mit, unter perfider Sippenhaft, auch unter späterer Verunglimpfung.“*

Es ist wohl der Mut – im heutigen politischen Sprachgebrauch die „Zivilcourage“ – die als Vermächtnis überdauert.

Zivilcourage in der Demokratie, d. h. Mut zur Auflehnung als Einzelner oder als Gruppe, ist wichtig, überlebenswichtig. Denn sie ist meines Erachtens die Substanz, ohne die unser demokratischer Staat gar nicht leben kann.

### **Fazit des 20. Juli insgesamt:**

Im äußeren Sinne blieb dieser Widerstand erfolglos, die NS-Herrschaft brach erst mit der militärischen Niederlage 1945 zusammen. Aber für den Neubeginn nach dem Zusammenbruch, für eine auf Recht und Demokratie gegründete Staats- und Gesellschaftsordnung nach Hitler war das Vorbild der Widerstandleistenden wichtig.

Als Vorbild und Beispiel politischer Moral gehört der Widerstand daher zu *den* entscheidenden und sinnstiftenden Erinnerungen der deutschen Historie. Das Attentat vom 20. Juli 1944 zählt deshalb zum guten Erbe unserer deutschen Geschichte, so wie der 17. Juni 1953 oder der 9. November 1989.

Das Vermächtnis der Verschwörer für uns heute ist vor allem:

- Sich zu engagieren;
- frühzeitig Verantwortung übernehmen;
- schon als Jugendlicher nicht „umfallen“ in Diskussionen;
- „widerständig“ sein;
- keine Angst haben, eine politische Meinung zu äußern und öffentlich zu vertreten

## Horst Schüler

### Die betrogene Generation- der frühe Widerstand in der SBZ/DDR

Sehr geehrte Damen und Herren,

es waren heitere Tage, an denen wir des Falls der Mauer vor 25 Jahren gedachten. Vor dem Brandenburger Tor und an anderen markanten Punkten Berlins hatten sich Tausende fröhlicher Menschen versammelt. Überall Musik, Redner, Interviews, Udo Lindenberg sang mal wieder seinen „Sonderzug nach Pankow“, ein Mann namens Jäger erzählte, wie er als Kommandeur des Grenzübergangs an der Bornholmer Straße aus eigenem Ermessen den Weg für die nach Westberlin drängenden Menschen freigemacht hatte, und im Fernsehen war davon sogar ein Spielfilm zu sehen. Ja, es war ein buntes Fest mit heiteren Bürgern, das Deutschland feierte, und die dunklen Seiten in diesem Kapitel unseres Geschichtsbuches überschlugen wir einfach. Vielleicht war es richtig, mal nicht daran zu denken, dass der Weg zu diesem glücklichen Tag, von dem an es nicht mehr weit war zur Einheit unseres Landes, mit sehr viel Leid gepflastert ist. Und an die Probleme, die vor uns lagen und weiterhin auf Lösungen warten, da wollte schon gar niemand denken. Warf also dann auch ein Journalist in einer namhaften deutschen Tageszeitung den Bürgerrechtlern vor, sie würden sich damit begnügen, die Schubladen der Erinnerungen zu öffnen. Wörtlich kritisierte er: „Längst schon gehören diese Erzählungen zum deutschen Familiensilber, einer von ständiger Wiederholung blankgeputzten Geschichte, auf die man stolz sein darf – ohne Zweifel – die schön ist, aber heute auch so harmlos wie Opas Gerede von gestern“. Und: „Die wackeren Kämpfer aus dem Jahr 1989 scheinen die Fenster gegen die Zeit verhängt zu haben.“

Ja, und nun kommen wir auch noch, die lange vor den Bürgerrechtlern schon gegen dieses menschenverachtende Herrschaftssystem eintraten. Kommen wir also wieder mit unseren alten Geschichten, Geschichten von den Frauen und Männern, die in den ersten Nachkriegsjahren durch die Schreckenskammern des kommunistischen Terrors gingen, deren Seelen zerbrochen und viele von ihnen hingerichtet wurden.

Und die sich zumeist völlig vergessen fühlen, dies jedoch nicht hinnehmen wollen. Aber sind wir deshalb denn rachsüchtige alte Narren, die nicht aufhören können, vom Gestern zu berichten, wo doch das Morgen längst vor der Tür steht? Ginge es um die schrecklichen Verbrechen der Nazis, kein Mensch würde auf den Gedanken kommen, einen Neubeginn vom Vergessen der Schuldfragen abhängig zu machen. Und so sind denn auch wir, die Träger des frühen Widerstandes, fest davon überzeugt, dass man eine Zukunft in Freiheit nur entwickeln kann, wenn man von den Grausamkeiten der Vergangenheit weiß.

Solcher Vergangenheit etwa:

Der 24. Juli 1951 war ein Dienstag. Irgendwann in den späten Nachmittagsstunden holten sie ihn aus seiner Zelle im Moskauer Butyrka-Gefängnis. Von diesem Augenblick an hatte er nur noch wenige Sekunden zu leben. Er wurde eine Treppe hinunter geführt, in einer Nische, von einem Vorhang verdeckt, wartete sein Henker. Er hatte die Pistole bereits entsichert, es war ein Dienst, den er schon oft verrichtet hatte. Als der Häftling vorbeiging, trat er heraus und tötete ihn mit einem Genickschuss. Die Leiche wurde in das Krematorium des Donskoje Friedhofs gebracht, dort nachts verbrannt, die Asche in ein Massengrab verscharrt.

So starb an diesem 24. Juli 1951 Arno Esch, Student aus Rostock, 23 Jahre alt. Ein paar Monate vor der Hinrichtung war er vom Sowjetischen Militärgericht 48240 in Schwerin zum Tode verurteilt worden. Grund: Er hatte an der Universität Rostock eine Betriebsgruppe der Liberal-

Demokratischen Partei gegründet und mit ihr antikommunistische Politik betrieben. So werteten es jedenfalls die Kommunisten.

Zusammen mit Arno Esch wurden an diesem Tag auch seine Freunde Gerhard Blankenburg und Heinrich Puchstein erschossen. Und in den Wochen davor und danach über tausend andere deutsche Frauen und Männer, die in den Jahren 1950 bis 1953 von Sowjetischen Militärtribunalen in der DDR wegen ihres Widerstandes gegen das kommunistische Herrschaftssystem zum Tode verurteilt worden waren. Viele andere bekamen Haftstrafen, meist 25 Jahre, sie kamen nach Bautzen oder Hoheneck oder sie wurden in die Strafreionen des sowjetischen Gulag verschleppt. Vorangegangen war bei allen eine sogenannte Untersuchungshaft in Kerkern des sowjetischen Geheimdienstes, in der sie jeder nur denkbaren physischen und psychischen Folter unterlagen. Als fünf 18-jährige Schüler der Klasse 12 b der Oberschule Ludwigslust 1950 verhaftet wurden, weil sie es gewagt hatten, einen Diskussionszirkel der SPD in Westberlin zu besuchen, da sagte der russische Verhöroffizier zu einem von ihnen: „Du bist jetzt wie eine Fliege in unserer Hand. Wenn wir Dich zerdrücken, dann bist Du weg. –Weißt Du, was das heißt? Weg! Dann bist Du verschwunden. Und niemand wird wieder etwas von Dir hören.“

Es sei noch erwähnt, dass sie alle nach ihrer Verhaftung für ihre Angehörigen verschwunden blieben, etliche Jahre. Und es sei ebenfalls erwähnt, dass die überwiegende Mehrheit von ihnen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion von der Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitiert wurde. Ihre Verurteilung sei aus politischen Gründen erfolgt, hieß es. Und solche Rehabilitierung bekamen auch die Angehörigen der Hingerichteten.

Der Journalist, von dem eben die Rede war, hatte mit seiner Kritik an „Opas Gerede von gestern“ ja nur die Bürgerrechtler gemeint. Über all die anderen, die lange Jahre vor der Opposition der Bürgerrechtler im Widerstand waren, verlor er kein Wort. Zu seinen Gunsten sei angenommen, dass er davon weiß, es einfach in seiner Bedeutung unterschätzte. Oder es vergessen hatte. Und weil das so ist, weil ja sogar ein Literatur-Nobelpreisträger die DDR nachsichtig als eine „kommode Diktatur“ wertete, deshalb kommt es eben, dass die große Mehrheit unserer Gesellschaft von diesem frühen Widerstand nie etwas gehört oder gelesen hat. Nichts vom Widerstand in den Universitäten der DDR oder in deren Oberschulen, nichts vom Widerstand junger Menschen, die als von den Nazis betrogene Generation aus dem Krieg kamen, ehrlichen Herzens bereit waren, am Aufbau eines besseren, friedlicheren Deutschlands mitzuarbeiten und sehr schnell spürten, dass sie mit dieser Losung erneut politischen Betrügern in die Hände gefallen waren. Nein, noch einmal betrügen lassen wollten sich viele nicht mehr. Und deshalb wehrten sie sich. Doch das ist halt in Vergessenheit geraten. Etwa die Altenburger Gruppe um Nico Ostermann, Siegfried Flack und Joachim Näther. Alle zum Tode verurteilt und hingerichtet, zehn Mitangeklagte mit Haftstrafen zwischen 10 und 25 Jahren. Eine Güstrower Gruppe um Enno Henke und Peter Möller, 17 und 19 Jahre die Beiden, als sie 1950 zu je 15 Jahren Zuchthaus verurteilt wurden – sie hatten u. a. Flugblätter verteilt und Nachrichten aus der DDR nach Westberlin übermittelt. Sie haben so Propaganda gegen die DDR getrieben, hieß es im Urteilsspruch. Gegen eine Gruppe junger Menschen in Werdau wurden 1951 insgesamt 130 Jahre Zuchthaus verhängt. Die Leipziger Studenten Herbert Belter, Heinz Baumbach, Heinz Eisfeld, Helmut Paichert, Gerhard Rybka und Axel Schröder wurden wegen ihrer Gegnerschaft zur SED 1951 zum Tode verurteilt und in Moskau erschossen. Ach, sie alle aufzuzählen, die Namen dieser Unglücklichen – es ist in diesem Rahmen hier nicht möglich.

Dr. Karl Wilhelm Fricke, der wie nur wenige den Widerstand in den ersten Nachkriegsjahren untersuchte, schrieb: „Nach empirisch gesicherten Untersuchungen sind allein in der SBZ und DDR der fünfziger Jahre mindestens 1200 Oberschüler und Studenten verhaftet und verurteilt worden. In mindestens zweistelliger Zahl wurden sie dabei zum Tode verurteilt und hingerichtet.“

Es soll demokratisch aussehen, aber wir müssen dabei alles in unserer Hand haben. So oder ähnlich hat es Walter Ulbricht gesagt, als er 1945 an der Spitze einer Gruppe deutscher Kommunisten aus Moskau nach Berlin kam. Demokratisch also sah es aus und war dennoch erzwungen, als 1946 in der sowjetisch besetzten Zone die SPD sich mit den Kommunisten zur SED vereinen musste. Etwas länger als ein halbes Jahrhundert ist das her, doch wer weiß schon noch um diese Zwangsvereinigung? Wer erinnert sich noch an den Widerstand vieler Sozialdemokraten und dessen Folgen? Wer kennt z. B. noch Willi Jesse, Mitglied des Landtages in Schwerin, mittels Fernurteil zu zehn Jahren Zwangsarbeit verurteilt? Hermann Kreutzer, der mit seinem Vater und seiner späteren Ehefrau 1945 zu den Gründern der SPD in Thüringen zählte, alle 1949 wegen „konterrevolutionärer Umtriebe“ zu 25 Jahren Haft verurteilt. Ähnliche Schicksale hatten Heinz Lehmann, Dieter Rieke, Arno Haufe, Gerhard Wend, Walter Nienhagen, um nur einige zu nennen. Doch es traf auch die anderen Parteien: Hermann Becker, Vorsitzender der LDPD in Thüringen und dort Landtagsabgeordneter, wurde 1948 vom sowjetischen Geheimdienst verhaftet und als er partout nichts zugeben wollte, 1950 durch ein administratives Fernurteil in Moskau zu 25 Jahren Haft verurteilt. Das gleiche Urteil erging 1947 gegen den CDU-Landtagsabgeordneten in Sachsen-Anhalt Ewald Klein. Erwin Köhler, Bürgermeister in Potsdam, wurde zusammen mit seiner Ehefrau Charlotte 1950 verhaftet, vom SMT 48240 wegen angeblicher Spionage und konterrevolutionärer Tätigkeit zum Tode verurteilt, hingerichtet am 20. Februar und am 10. April in Moskau. Namen, Namen, Namen, man könnte sie lange noch fortsetzen.

Es gibt ein Buch mit dem Titel „Erschossen in Moskau...“. In ihm sind sie alle aufgezählt, die etwa tausend deutschen Frauen und Männer, die nach ihrer Verhaftung durch den sowjetischen Geheimdienst in den Jahren von 1950 bis 1953 hingerichtet wurden. Am 1. Juli 2005 ist ihnen auf dem Moskauer Donskoje Friedhof ein Gedenkstein gesetzt worden – im Beisein einiger ihrer Angehörigen. Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck hielt eine Gedenkrede. Berichtet wurde darüber in deutschen Medien kaum. Ein Beleg mehr dafür, dass der frühe Widerstand gegen den kommunistischen Terror in der SBZ und späteren DDR auch gleichzeitig ein vergessener Widerstand ist. Genauso vergessen wie das Wirken der gnadenlosen Justizministerin der DDR, Hilde Benjamin, Vorsitzende Richterin in mehreren politischen Prozessen. Vergessen auch, dass in den vierziger und fünfziger Jahren Menschen, die den Kommunisten missliebiger waren, aus Westberlin oder dem westlichen Deutschland entführt wurden. Vergessen, dass ca. 35 000 deutsche Frauen und Männer von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt wurden, die bis 1953 in der DDR wirkten.

Manchmal ist es ja tatsächlich notwendig, die dunklen Seiten unseres Lebens ins Unterbewusstsein zu schieben, um Raum zu geben für die Probleme der Gegenwart. Dieses Verdrängen aber darf nicht zu einer Verklärung von Dingen führen, die man besser so in Erinnerung behalten sollte, wie sie wirklich waren. Wir jedenfalls, die wir die DDR so erlebt und erlitten haben, wie sie war mit all ihren Schrecken, ihren zigtausend Augen und Ohren der Staatssicherheit, ihrem Bevormunden der Menschen, ihrer grauen Armseligkeit - wir mögen es nicht mehr hören, diese Diskussion etwa, ob es sich bei ihr um einen Unrechtsstaat handelt oder nicht. Wir können sie nur verachten, diese Vernebelung einer alle Menschenrechte verachtenden Ideologie. Wir wissen, dass es sich bei dem so genannten Stalinismus nicht nur um eine Art von „Betriebsunfall“ auf dem Weg zum Sozialismus oder Kommunismus handelt. Wir erinnern uns gut, dass es Lenin war, der Politik einen Krieg nannte, dessen Ziel es nicht sei, den Gegner zu unterwerfen, sondern ihn zu vernichten. Oder: „Der wissenschaftliche Begriff der Diktatur bedeutet nichts anderes als die durch nichts eingeschränkte, durch kein Gesetz eingegengte Macht, die sich unmittelbar auf Gewalt stützt.“

Die DDR hat vierzig Jahre lang bestanden. 40 Jahre haben Millionen Menschen sie ertragen müssen, die meisten mit unterdrücktem Zorn und mit Anpassung, was blieb ihnen schon anderes übrig. Es ist verdammt schwer, sich einzugestehen, dass man 40 Jahre seines Lebens einer Diktatur opfern musste. Zumal man ja auch im westlichen Teil unseres Landes eine immer stärkere Politik

der Annäherung pflegte. Zumal man es im vereinten Deutschland duldet, dass die SED – zumindest Teile von ihr – unter anderem Namen weiter besteht und Träger der DDR-Diktatur heute in Parlamenten und Regierungen unsere Geschicke mitbestimmen.

Nun sei also gern zugegeben, dass es in unserer Gesellschaft schwer genug ist, in den Erinnerungen das zu bewahren, was des Erinnern wert ist. Wir sind von ungezählten Medien umstellt, aus den Fernseh- und Rundfunkkanälen, aus Zeitungen, Zeitschriften und Büchern werden wir täglich mit einem Wust von Nachrichten, Kommentaren, Berichten, Talk-Runden versorgt. Was eben noch neu war, ist in wenigen Stunden alt. In diesem Medien-Trommelfeuer droht vieles unterzugehen. Soll heißen: Wenn wir es dennoch für richtig halten, dass unser früherer Widerstand nicht im Tal der Vergessenheit versinkt, dann wissen wir sehr wohl, dass es längst nicht das einzige ist, was die Menschen in ihren Gedächtnissen speichern sollten. Aber es ist und bleibt wichtig genug, einen Platz in den stets zugänglichen Erinnerungen zu besetzen. Der Bestand unseres demokratischen Staates und unserer Freiheit hängen davon ab. Selbstredend bietet uns auch der Alltag in einem demokratischen Staat Ärgernis genug – mit seiner überladenen Bürokratie etwa, mit Menschen, deren einziger Lebenssinn im Geldvermehrten besteht, mit seiner Justiz, die manchmal mehr Verständnis für Täter als für Opfer aufbringt, mit Politiken, die sich immer weiter vom Volk entfernen, dem sie doch verpflichtet sind, mit einem Verfall von Werten, die sich seit Jahrhunderten geformt hatten und mit tausend anderen Dingen, die uns oft vom fassungslosen Kopfschütteln bis zur schieren Verzweiflung treiben. Kurz: Auch ein demokratischer Rechtsstaat hat unendlich viele Ecken und Kanten. Und dennoch ist er tausendmal besser als jede andere Gesellschaftsordnung, in der den Menschen vorgegeben wird, wie sie sich zu verhalten haben. Doch wehe ihnen, wenn sie sich dagegen wehren.

Und deshalb dies noch abschließend: Wir achten und haben größten Respekt vor den Handlungen der Bürgerrechts-Bewegung. Wir sehen die Verdienste, die sich Helmut Kohl in seinem Eintreten um die deutsche Einheit erworben haben. Aber wir erwarten auch, dass der Widerstand im Osten unseres Landes in historischer Erinnerung bleibt, zumal er für seine Träger entsetzliche Folgen hatte. Er war die erste Stufe, auf dem langen Weg zur Einheit. Es folgten der Volksaufstand 1953, die Massenflucht aus der DDR. Und er setzte sich fort mit über tausend Erschossenen an den Grenzanlagen, formte sich Ende der siebziger Jahre zur Bürgerrechts-Bewegung. Sie führte schließlich zur friedlichen Revolution, begünstigt und erfolgreich allerdings nur durch den sich ankündigenden Zusammenbruch der Sowjetunion. Erst danach und mit Unterstützung der USA konnte Helmut Kohl zum Kanzler der Einheit werden. Es ist eine lange Kette, die von 1945 bis 1989 und dann bis 1990 reicht. Alle ihre Glieder bedingen einander, allein für sich wären sie erfolglos geblieben.

**Dr. Ehrhart Neubert**

## **Opposition und Widerstand in der DDR**

Die Formen von Opposition und Widerstand sind immer abhängig davon, wie Herrschaft in einem Staat wahrgenommen wird. In der Demokratie ist Opposition Bestandteil des Regierungssystems und der Machtverteilung. In Diktaturen mit einem absoluten und totalitären Machtanspruch, wie es auch der Kommunismus war, ist dies per se erst einmal nicht der Fall. Aber der Kommunismus war immer auch ein fragiles System. Dieses System, das sich selbst unter den immensen ideologischen und machtpolitischen Anspruch stellte, alle Interessen in der Gesellschaft wahrzunehmen, musste angesichts des illusionären Projektes Kommunismus an seine Grenzen stoßen, und provozierte damit Opposition und Widerstand.

Das galt bereits für den Anfang, als die Kommunisten nach 1945 in der sowjetisch besetzten Zone allmählich mit Hilfe der Besatzungsmacht alle Machtfunktionen an sich rissen und die Parteien neutralisierten. Es hatte durchaus Hoffnung gegeben, dass es nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus einen demokratischen Neuanfang geben könnte. Die Sowjets selbst hatten dies angekündigt. Als diese aber die bürgerlichen Parteien, die CDU und die LDP, gleichschalteten, regte sich Widerstand. Auch gegen die Zwangsvereinigung der Sozialdemokraten mit der Kommunistischen Partei wehrten sich etliche, aber einige Sozialdemokraten beteiligten sich auch daran - der Bekannteste ist Otto Grotewohl.

1946 gab es zwar eine noch halbwegs freie Wahl, aber mit großen Behinderungen seitens der Besatzungsmacht. So setzte eine Verhaftungswelle gegen alle ein, die sich nicht in das sowjetische neue System einfügen lassen wollten. Besonders tragisch ist, dass manche Sozialdemokraten, die gerade aus dem Konzentrationslager zurückgekommen waren<sup>3</sup>, sich dann in den von den Sowjets weitergeführten Lagern wiederfanden. Ein berühmtes Beispiel ist Hermann Brill. Er wurde von den Amerikanern als erster Regierungspräsident in Thüringen eingesetzt. Er war Mitinitiator des berühmten so genannten Buchenwaldschwures und eigentlich ein linker Sozialdemokrat, der versuchte, auch mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten. Nachdem die Amerikaner aus Thüringen abgezogen waren und die sowjetische Besatzung nachfolgte, wurde Hermann Brill aber abgesetzt - Ulbricht selber hat das im Hintergrund gesteuert. Hermann Brill flüchtete in den Westen. Die organisierten Gruppen, die sich zunächst in den Parteistrukturen der Liberalen, der Christdemokraten und illegalen Gruppen der sozialdemokratischen Partei bildeten, wurden bis Anfang der 1950er Jahre gewaltsam beseitigt.

Immer, wenn die neue kommunistische Macht bestimmte soziale Gruppen oder auch kulturelle Milieus unterdrückt hat, regte sich Widerstand. So entstanden an den Universitäten zahlreiche studentische Widerstandsgruppen. Bauern oder Gewerbetreibende die wehrten sich gegen Auflagen und Benachteiligungen. Die Bevölkerung war zwar am Anfang noch überwiegend der Meinung, dass die Großindustrie verstaatlicht oder vergesellschaftet werden müsste. Deshalb gab es gegen die erste Sozialisierungswelle wenig Widerstand. Das änderte sich, als das System auch auf den Mittelstand zugriff.

1952 erreichte die Repression einen Höhepunkt. Jetzt kam es zu einer regelrechten Verfolgungswelle gegen die Junge Gemeinde und die Studentengemeinde. Tausende flohen, zwischen 600 und 900 Studenten und Oberschüler mussten die Schulen verlassen. Wer seiner Bindung an die Kirche nicht abschwor, wurde Opfer der Repression. Es gab Menschen, die sich durch Flugblätter oder ähnliche Aktionen wehrten.

Die Kirchen haben durchaus immer wieder gegen repressive Maßnahmen protestiert - gerade 1952, als das Gesetz zur Schaffung der Grundlagen des Sozialismus durch die SED beschlossen wurde. Die Kirchen wendeten sich auch gegen die Einrichtung des restriktiven Grenzsystems oder gegen die Deportationen an der Grenze. Sie haben sich gewehrt, als man die Bauern in die kollektiven landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zwingen wollte.

Der gewaltige Druck, der nun in allen Bereichen der Bevölkerung vorhanden war, entlud sich in dem Aufstand vom 17. Juni 1953. Die Volkserhebung hatte bereits am 13. / 14. Juni angefangen und

ergriff am 17. das ganze Land. In über 700 Städten kam es zu Streiks, zu Demonstrationen, zur Erstürmung von Staatssicherheitsgebäuden und Gefängnissen. Der 17. Juni 1953 war ein letzter kollektiver Versuch, das System zu beseitigen. In den wenigen Tagen gab es politische Forderungen nach freien Wahlen und demokratischen Strukturen. Innerhalb kurzer Zeit bildeten sich in manchen Orten neue Verwaltungen. Auch die demokratischen Parteien meldeten sich wieder zu Wort. Aber der Widerstand hatte keine Aussicht auf Erfolg. Der Aufstand wurde durch sowjetische Truppen und die Volkspolizei beendet.

Auch in den folgenden Jahren gab es Widerstandsgruppen, die darauf aus waren, das System entweder zu beseitigen oder wenigstens zu schwächen. Doch ihre Aktionsmöglichkeiten waren gering, da sie kaum miteinander kommunizieren konnten. Sie mussten im Verborgenen arbeiten, um Verhaftungen zu entgehen. Diese Gruppen konnten nur unter hohen Risiken mit Freunden, Bekannten und Unterstützern im Westen Verbindung aufnehmen. Dort hatten sich Organisationen gebildet, zum Teil aus geflohenen DDR-Bürgern, wie die Freiheitlichen Juristen und die „Kampfgruppen gegen Unmenschlichkeit“. Aber auch diese Strukturen wurden langsam vom MfS durchdrungen, sodass dieser Widerstand nur noch wenig erreichen konnte.

Eine der späten und spannendsten Widerstandsaktionen fand 1980 statt. Josef Kneifel lebte in Karl-Marx-Stadt, heute wieder Chemnitz. Er war schon 1975 einmal kurz im Gefängnis gewesen, weil er wegen kritischer Äußerungen aufgefallen war. Danach hat er etwas unternommen, was geradezu klassisch ist für Widerstandsformen – noch 1980. Er hat versucht, ein sowjetisches Panzerdenkmal – dieses verhasste Symbol der sowjetischen kommunistischen Macht – mit einer selbstgebauten Bombe zu sprengen. Tatsächlich beschädigte er den Panzer. Vor allem wirkte seine Aktion politisch, weil er mit damit ein Gegensymbol gegen die Machtdemonstration der Sowjets geschaffen hatte. Das Tragische ist, dass er das ganz allein und konspirativ durchgeführt und nur seiner Frau davon erzählt hatte. Trotzdem wurde er 1980 nach sechs Monaten verhaftet. Das MfS tappte trotz einer der größten Fahndungsaktionen zunächst im Dunkeln. Sie hörten aber das Arbeitszimmer eines Chemnitzer Pfarrers ab. Frau Kneifel war zu ihrem Pfarrer gegangen, um ihm die Geschichte zu erzählen – sie konnte es alleine nicht mehr tragen. Dieses abgehörte Gespräch brachte Kneifel eine lebenslängliche Haftstrafe ein. 1987 wurde er – schwer krank – anlässlich des Besuches von Honecker bei Bundeskanzler Kohl in den Westen entlassen.

Der Fall Kneifel blieb eine Ausnahme. Der 17. Juni 1953 und der Mauerbau 1961 hatten schon eine tiefe Resignation in der DDR-Bevölkerung bewirkt. Jedem war angesichts der inneren Sicherheitsorgane und der dahinter stehenden Sowjetunion klar, dass das SED-Regime nicht zu beseitigen war. Viele zogen sich in ihre privaten Nischen zurück, andere arrangierten sich auch. Die dauernde Drohung und die Repression „präparierte“ ihre Opfer, wie das Hannah Arendt formulierte. Einem totalitären System halten nur Minderheiten stand und Mehrheiten werden zu Untertanen. Allerdings kann es sich nicht auf diese Untertanen verlassen.

Mit Verschwinden des wenig aussichtsreichen Widerstandes entwickelten sich aber nach dem Mauerbau allmählich ganz neue Formen der Gegnerschaft.

Kennzeichnend für diese neuen Phänomene war, dass nun die offene und scharfe Konfrontation gemieden wurde. Jetzt werden die kleinsten legalen Spielräume gesucht, um sich abweichend oder nonkonform in der Öffentlichkeit zu verhalten. Der Bewegungsraum der Diktatur wird ausgelotet und partielle Verweigerungshaltungen ausprobiert. Gedanklich und auch teilweise politisch bewegten sich die Träger dieser kritischen Haltung innerhalb des Systems und dessen Legitimationsmustern. Es sind Leute, die Reformen anstrebten. Wegen ihres Legalismus nenne ich diese neue Gegnerschaft Opposition. Das Motto hieß zunächst Reform statt Revolution. Trotz der „weichen“ Strategie, so sollte sich später herausstellen, war die Opposition sehr erfolgreich. Natürlich wurden auch Oppositionelle verfolgt. Jetzt aber weniger durch lange Haftstrafen, sondern mehr durch soziale Ausgrenzung und die konspirativen Zersetzungsmaßnahmen des MfS. Oppositionelle kamen aus vielen gesellschaftlichen Bereichen. Dazu gehörten Schriftsteller und Künstler aller Art. Künstlerische Beschäftigung verlangt Kreativität und Spontaneität, die sich nicht ohne weiteres mit den Ansprüchen des Staates verträgt, der die Kunst als Propagandainstrument

nutzen will. Die Kunst war und blieb trotz des Opportunismus vieler immer auch eine Quelle des Widerspruchs. Ob das nun das geschriebene Wort war, die bildende Kunst oder die Musik – hier bildeten sich kritische Milieus, die zur Ressource der sich allmählich ausformenden Opposition wurde.

Eine weitere Quelle der Opposition, die allerdings in den 1980er Jahren weithin versiegt war, war die marxistische Ideologie. Selbstkritische Geister waren von der Vision einer Einheit der Gesellschaft ohne Widersprüche und Klassengegensätze unter der Führung einer Partei angezogen, die das Kollektiv repräsentierte. Als das jedoch nicht funktionierte und die zwangsweise Gleichschaltung die Gesellschaft faktisch spaltete, suchten solche Parteireformer nach Wegen, Partei und Volk zu versöhnen. Doch die SED reagierte auf diese Abweichler mit äußerster Härte.

Seit 1956 verfolgte sie die sogenannten Revisionisten, wie etwa Wolfgang Harich, der 10 Jahre Haft zu verbüßen hatte. In den späteren Jahren bekämpfte die SED Kommunisten, die zu prominenten Dissidenten geworden waren: Wolf Biermann, Robert Havemann, Rudolf Bahro und andere. Dieser ideologiegesättigte Ansatz für eine oppositionelle Politik brannte aber in den 1980er Jahren fast vollständig aus. Jetzt gab es nur noch sehr wenige Oppositionelle, die dezidiert marxistisch argumentierten, wenngleich sozialistische Ideale noch in der Opposition lebendig blieben. Der Marxismus als kritische Theorie war abgenutzt.

Seit den 1960er Jahren wurden dagegen die Kirchen zu einem Medium kritischer Diskurse und alternativer sozialer Formationen. Trotz anfänglicher Verfolgung und trotz anhaltender Behinderung der kirchlichen Arbeit wurden die Kirchen zu einem Öffentlichkeitsraum, der teilweise die Defizite der staatlich kontrollierten Gesellschaft kompensieren konnte. Zwar haben die Kirchen versucht, die Dauerkonflikte mit dem SED-Staat zu minimieren und gingen viele Kompromisse ein. Einige Kirchenvertreter scheuten sich auch nicht, mit dem MfS zusammen zu arbeiten.

Doch viele Gemeinden und ihre kirchlichen Mitarbeiter öffneten sich für kritische junge Leute, Künstler und Systemkritiker. Jetzt strömten jugendliche Subkulturen in die Kirchen und fanden dort Gemeinschaften, die ihnen ein Mindestmaß an freier Lebensgestaltung bieten konnten. Damit wuchs ein Mobilisierungspotential für die spätere Opposition heran.

Als die SED nach dem Mauerbau 1962 die Wehrpflicht einführte, verweigerten spontan hunderte junge Männer die Einberufung. Die SED sah sich genötigt, mit den Kirchen Verhandlungen zu führen. Schließlich wurde ein waffenloser Armeedienst eingeführt. Die sogenannten „Bausoldaten“ mit dem goldenen Spaten auf den Achselklappen, bildeten nach ihrer Dienstzeit rasch eigene Strukturen in den Kirchen. Es handelte sich um Arbeitsgruppen sowie um Beratungs- und Begegnungseinrichtungen. Damit war eine formal legale Struktur entstanden, in der politische Debatten geführt wurden. Sie waren Keimzellen der späteren Friedensbewegung.

Diese Friedensbewegung formierte sich Ende der 1970er Jahre. Zunächst fanden Menschen zusammen, die sich gegen die Einführung des Faches Wehrkunde an den Schulen wendeten. Da aber die betroffenen Kinder in den Schulen im Falle von Verweigerungen mit Sanktionen zu rechnen hatten, verkümmerten diese Proteste. Eine andere Bewegung führte zu wesentlich mehr Erfolg, die Bewegung „Schwerter zu Pflugscharen“. Zur Vorgeschichte gehört das Werk des sowjetischen Künstlers Jewgeni Wutschetitsch, der das Ost-Berliner Ehrenmal für die sowjetischen Soldaten geschaffen hatte. Er hatte auch die Skulptur „Schwerter zu Pflugscharen“ geschaffen, die zunächst in Moskau und als Kopie vor dem UN-Gebäude in New York aufgestellt wurde. Das Motiv, ein Muskelmann, der ein Schwert zu einer Pflugschar umschmiedet, entstammt einer Metapher im Buch des Propheten Micha.

Der evangelische Pfarrer Ralf Brettschneider ließ eine stilisierte Darstellung der Skulptur auf Vlies drucken und an Jugendliche verteilen. Daraus erwuchs eine Massenbewegung. Über 100 000 solche Aufnäher wurden von den jungen Menschen auf ihre Kleidung genäht als ein deutliches Zeichen gegen die Militarisierung der Gesellschaft. Jetzt ging die SED mit Gegenpropaganda gegen ihr eigenes Symbol vor. „Der Frieden muss bewaffnet sein“ hieß es. Bücher und Bilder in denen das Symbol abgedruckt war, wurden eingezogen. Und schließlich wurden die Zeichenträger verfolgt. Sie durften nicht in die Schulen und die Berufsschulen. Auf der Straße verlangte die Polizei das

Abtrennen des Aufnehmers, manchmal mit Gewalt. In der Folge sah man viele junge Leute mit einem Loch am Ärmel ihres Parka.

Neben solchen Massenbewegungen entstanden jetzt in der DDR hunderte Friedensgruppen, die zumeist in den Kirchen agierten aber auch darüber hinaus Öffentlichkeit fanden. Das Friedensthema wurde bald durch die sich parallel entwickelnde Umweltbewegung ergänzt, in der es ebenfalls zu Gruppenbildungen kam. Neben weiteren thematischen Differenzierungen spielte vor allem die Menschenrechtsfrage eine wichtige Rolle. Anfang der 1980er Jahre entstanden mehrere kirchliche Netzwerke, die die Kommunikation zwischen den Gruppen ermöglichten. Außerdem bildete sich nun auch der Samisdat aus, der tausende halblegale und illegale Zeitschriften produzierte.

Der SED-Staat versuchte mit dem MfS, die sich stets vergrößernde Bewegung einzudämmen. Aber weder Ausweisungen in den Westen noch Verhaftungen oder Verbote konnten dies bewirken. Die legalistische Vorgehensweise der Oppositionellen erschwerte zudem die Verfolgung. Vielmehr nahm die Politisierung dieses bunten Gruppenfeldes seit 1986 rasch zu. Die Umweltbewegung wurde nach der Katastrophe von Tschernobyl effizienter. Es bildeten sich von der Kirche unabhängige Gruppen, die deutlicher politische Ziele verfolgten. Andere kirchliche Gruppen, wie die „Initiative gegen Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ nahmen die lange tabuisierte Deutschlandfrage auf. Hinzu kamen harte Auseinandersetzungen mit den Staatsorganen, die ab Herbst 1987 die Repression verstärkten. Aber die Besetzung von Druckereien und neue Verhaftungen erzeugten eine DDR-weite Solidarisierungswelle, die die SED veranlasste, manche Maßnahmen wieder zurückzunehmen.

Ein Höhepunkt oppositioneller Aktivitäten war die Kontrolle der Auszählung der Stimmen bei der sogenannten „Volkswahl“ im Mai 1989. Hier konnte die Opposition das Ausmaß der Wahlfälschungen nachweisen. Die Zahlen wurden veröffentlicht. Bei dieser Aktion konnte die Opposition schon sehr viele Menschen außerhalb ihrer Milieus mobilisieren. Die Mobilisierung erfasste auch innerhalb der Kirchen immer breitere Kreise. Mit dem „konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung“ wuchs die Beteiligung in den Kirchen rasch an.

Als seit September 1989 die Krise des SED-Staates unübersehbar war und die Massenflucht von DDR-Bürgern unmittelbaren Handlungsbedarf erzwang, bildeten sich aus dem oppositionellen Gruppenumfeld rasch neue Bürgerbewegungen und Parteien. Die wohl kleinste und ihre Kontinuität seit 1986 wahrende Oppositionsgruppe war die IFM mit Gerd Poppe, Reinhard Weißhuhn, Peter Grimm und anderen.

Am 28. August 1989 stellte während eines Menschenrechtsseminars in der Berliner Golgatha-Kirche Markus Meckel den Aufruf zur Gründung einer sozialdemokratischen Partei vor, der eine harte Absage an die SED und ihr politisches System enthielt.

Zum großen oppositionellen Ereignis wurde, auch durch die gewachsene Popularität der langjährigen Oppositionellen Bärbel Bohley, das am 9. September in der Wohnung von Katja Havemann in Grünheide gegründete „Neue Forum (NF)“. Erstunterzeichner waren Michael Arnold, Martin Böttger, Erika Drees, Katrin und Frank Eigenfeld, Rolf Henrich, Jens Reich, Reinhard Schult, Jutta und Eberhard Seidel, Hans Jochen Tschiche u.a. Ihr Aufruf wurde bald von mehreren tausend Menschen unterzeichnet.

Eine weitere Bürgerbewegung wurde am 12. September gegründet. Mit dem „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ und „Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR“ meldete sich die „Bürgerbewegung Demokratie jetzt (Dj)“. Zu den Initiatoren gehörten Wolfgang Ullmann, Hans-Jürgen Fischbeck, Konrad Weiß, Stephan Bickhard, Ludwig Mehlhorn und Ulrike Poppe.

Die Gründung der Bewegung „Demokratischer Aufbruch (DA)“ war schon am 23. August bei einem Treffen in Dresden verabredet worden. Beteiligt waren Rainer Eppelmann, Ehrhart Neubert, Rudi Pahnke, Friedrich Schorlemmer, Edelbert Richter, Wolfgang Schnur und andere. Am 13. September wurde die beabsichtigte Gründung erstmals bekannt gegeben. Seitdem arbeiteten einzelne Gruppen. Am 1. Oktober konnte trotz der Belagerung durch das MfS eine provisorische Gründung vorgenommen werden.

Die Differenzen zwischen den neuen Organisationen lagen zwischen solchen Projekten, die einen öffentlichen politischen Dialog als Voraussetzung der Demokratisierung ermöglichen wollten, und denen, die eine programmatisch definierte Interessenvertretung anstrebten. Die ersteren wurden durch das NF und Dj repräsentiert. Ihnen stand zunächst die SDP gegenüber. Der „Demokratische Aufbruch“ nahm eine Zwischenposition ein und strebte wenig später den Status einer Partei an. Ungeachtet der strategischen und inhaltlichen Differenzen entstand schnell zwischen den Oppositionellen eine enge Zusammenarbeit, die den Fortgang der Revolution wesentlich bestimmte. Diese Opposition war zunächst die einzige politische Stimme, die der Bevölkerung eine Alternative zum SED-Regime bot. Die Vorgänge zeigten, dass die legalistische und verhältnismäßig weiche Opposition, wenigstens im Vergleich zum Widerstand in den Gründungsjahren der DDR, relativ erfolgreich war. Dass ein Teil dieser Opposition später politisch bedeutungslos wurde, ist ein Problem, das hier nicht erörtert werden soll.

## **Heinz Brandt – Verfolgt in beiden Diktaturen<sup>1</sup>**

***„Wahrnehmen, was ist  
-und nicht verzweifeln!***

***Aussprechen was ist!***

***Wissbegierig die Welt interpretieren, im Bewusstsein, sie zu verändern,  
dass sie erhalten bleibt.“ Heinz Brandt 1984***

### **Die Entführung 1961 in West-Berlin und der 17. Juni 1953**

16. Juni 1961: Der Gewerkschaftsjournalist Heinz Brandt wurde anlässlich eines Gewerkschaftskongresses West-Berlin über den er berichten sollte, von Agenten des MfS in den Ostteil der Stadt verschleppt - noch war die Sektorengrenze offen. An diesem Abend wollte Brandt bei seinem Freund, Professor Ossip Flechtheim, übernachten. Aber die Familie Flechtheim wartete vergebens auf den Besucher. Am Nachmittag hatte Brandt eine Bekannte im West-Berliner Bezirk Steglitz besucht. Vor ihrem Haus wirkte das Betäubungsmittel, das dem Whisky beigemischt war, den er zuvor getrunken hatte. Er brach zusammen und konnte noch wie im Nebel erkennen, daß bereits „hilfreiche Gestalten“ auf ihn warteten, bevor er das Bewußtsein verlor. Das Bewußtsein erlangte er erst wieder im Zentralen Untersuchungsgefängnis Berlin-Hohenschönhausen des MfS in Ost-Berlin. Das MfS plante die Entführung von Brandt sorgfältig und führte sie mit Hilfe seiner Agenten im Westen durch. Eine Schlüsselrolle spielte dabei Hans Beyerlein aus der Vorstandsverwaltung der IG Metall. Brandt vertraute ihm, und beide wohnten im gleichen Haus. Während eines Urlaubs vertraute Brandt Beyerlein Unterlagen an, aus denen eindeutig hervorging, daß er schon vor seiner Flucht mit der IG Metall und dem Ostbüro der SPD in Verbindung gestanden hatte. Beyerlein leitete diese Unterlagen an die Ost-Berliner MfS-Zentrale weiter. Als Brandt in Hohenschönhausen vernommen wurde, hat sie ihm das MfS vorgehalten. Beyerlein hatte ihn auch so Brandt - „unter tausend Kniffen mit jener Frau, jener 'literaturbeflissenen' Eva Walter zusammengebracht, die mir dann Monate später, am 16. Juni 1961, den Whisky mit dem Betäubungsmittel kredenzte.“ Die Entführung von Brandt im Juni 1961 mitten in der zugespitzten Atmosphäre der zweiten Berlin-Krise war seitens der SED-Führung nicht ohne politisches Risiko.

---

<sup>1</sup> Dieser Text basiert auf meinem Aufsatz: Heinz Brandt-in Selbstzeugnissen, der 1998 in dem von Silke Klewin und Kirsten Wenzel herausgegebenen Band: Wege nach Bautzen II, Dresden 1998.

Es bleibt die Frage offen, warum sich die SED zu dieser riskanten Operation im amerikanischen Sektor von Berlin entschloss? Die Antwort hat zu tun mit der Rolle von Brandt am 16. und 17. Juni 1953 und der Veröffentlichung dieser SED-Parteigeheimnisse nach seiner Flucht in den Westen 1958. Bis zur Öffnung der SED-Akten nach 1989 war das Zeugnis von Brandt eine erstrangige Quelle nicht nur für alle Zeithistoriker, sondern auch für das politische Urteil über die Bedeutung dieser Tage im Juni 1953 für das geteilte Deutschland und das gesplittete Europa. Brandt: „Der 17. Juni hatte vor aller Welt offenbart, daß die SED keine Basis im Volk hatte, sich nicht ohne den bewaffneten Schutz der Sowjettruppen an der Macht halten konnte. Er hatte gezeigt, daß die Partei hohl war: Sie barst, als das Volk sich erhob.“

Der Zeitpunkt der Entführungsaktion der Staatssicherheit war von symbolischer Bedeutung. Sie geschah am Vorabend des Tages der Deutschen Einheit, der zum Gedenken an den Volksaufstand in der DDR am 17. Juni 1953 in der Bundesrepublik ein gesetzlicher Feiertag war.

Der 16. Juni 1953 war ein Dienstag, und routinemäßig tagte das Politbüro der SED. Brandt arbeitete zu diesem Zeitpunkt als Agitationssekretär in der Berliner Bezirksleitung der Partei. Nachdem er den Demonstrationenzug der Bauarbeiter am Alexanderplatz gesehen hatte, handelte er. Er setzte im Sekretariat der Bezirksleitung den Antrag durch, das Politbüro aufzufordern, die Normenerhöhung sofort zurückzunehmen. Er fuhr selbst zum Politbüro, das nach langen Debatten diesem Antrag der Bezirksleitung zustimmte. Die Rücknahme der Lohnsenkung durch das Politbüro, die der Rundfunk bekanntgab, konnte aber die Volkserhebung gegen die SED-Diktatur am nächsten Tag nicht mehr verhindern.

Auch am darauffolgenden Tag mischte sich Brandt in die Geschehnisse ein. In seiner Autobiographie „Ein Traum, der nicht entführbar ist“ hat er seine Rolle an diesem Tag beschrieben:

„Als ich morgens zu dem mir zugeteilten volkseigenen Großbetrieb Bergmann-Borsig in Berlin-Wilhelmsruhe kam, wurde dort keine Hand gerührt. Die Arbeiter diskutierten am Arbeitsplatz und führten in den Hallen kleine Versammlungen durch. ... Vor kurzem war hier ein sogenanntes Kulturhaus mit einem riesigen Saal fertiggestellt worden, der allen Belegschaftsangehörigen Platz bot. Interessant war meine Begegnung mit dem Parteisekretär des Betriebes. Er meinte, im Betrieb werde es 'ruhig bleiben'. An Arbeit sei allerdings kaum zu denken. Ich veranlaßte ihn, die gesamte Belegschaft durch den

Lautsprecher in den großen Saal des Kulturhauses zu rufen. In wenigen Minuten war der Riesenraum von einem einzigen Brodeln erfüllt. In diesem Moment, da die Arbeiter hier in Aktion versammelt waren, so fuhr es mir durch den Kopf, und nur für die Dauer dieser Aktion, gehört dieser Betrieb wahrhaft ihnen. Genau das sagte ich auch: 'Heute ist dieser Betrieb euer Betrieb geworden, aber damit steht ihr auch in eurer Verantwortung, was aus ihm wird. Erstens: nichts zerstören; zweitens: hier und sofort einen Betriebsausschuß wählen!' Dieser Vorschlag wurde ohne Diskussion angenommen und unmittelbar verwirklicht.“ Es folgte eine elementare, leidenschaftliche Auseinandersetzung über die Zustände in der DDR auf der Versammlung. Brandt wurde Zeuge einer historischen Abrechnung der Arbeiter mit dem SED-Regime. „All das, was sich bisher gestaut hatte, nie offen in Versammlungen ausgesprochen worden war, brach sich jetzt Bahn. Aus eigenem Erleben, in der drastischen, ungekünstelten Sprache des erregten Menschen, der von seinen persönlichen Erfahrungen ausgeht, wurden zahllose empörende Beispiele von Rechtswillkür angeführt. Namen von Arbeitskollegen aus dem Betrieb wurden genannt, die verhaftet, verurteilt, mißhandelt worden waren, deren Angehörige nichts mehr von ihnen gehört hatten. Es wurde eine EntschlieÙung angenommen, die den gewählten Arbeitsausschuß bevollmächtigte, die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Belegschaft zu vertreten und sich mit ähnlichen Ausschüssen in anderen Betrieben in Verbindung zu setzen. Als politisches Hauptziel wurde die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie demokratische Wahlen gefordert.“

Nachdem die sowjetische Besatzungsmacht in der DDR in den nächsten Tagen wieder „Ruhe und Ordnung“ hergestellt hatte, rechnete Walter Ulbricht mit unbotmäßigen SED-Funktionären ab. Er begann mit Wilhelm Zaisser und Rudolf Herrnstadt, den gewichtigsten Gegnern im Politbüro der SED; sie wurden aus dem Gremium entfernt. Danach wurde die Berliner Bezirksleitung reorganisiert. Hans Jendretzky wurde als erster Sekretär der Bezirksleitung abgesetzt, und Brandt gehörte dem neuen Sekretariat nicht mehr an. In den Westen floh er erst 1958, und der Chefredakteur der *metall*, Kuno Brandel, gab ihm als Journalist eine neue Chance.

## **Der Prozess 1962**

Das SED-Politbüro befasste sich im Februar 1962 mit der Vorbereitung des Prozesses gegen Brandt, Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit, wurde beauftragt, eine Anklageschrift gegen Brandt und seinen Mitangeklagten Karl Raddatz vorzubereiten. Die

Anklageschrift beschuldigte Brandt und seine Mitangeklagten Karl Raddatz und Wilhelm Fikentscher für westliche Agentenorganisationen spioniert zu haben.<sup>2</sup> In seinen Vernehmungen gab Brandt zu, ab 1946 mit dem damaligen Leiter des SPD-Ostbüros Siegfried Neumann in Verbindung gewesen zu sein und ab 1956 für das Ostbüro bis zu seiner Flucht 1958 gearbeitet zu haben. Das Politbüro wies außerdem das Presseamt beim Ministerrat der DDR an, dem Generalstaatsanwalt den Brief des Vorsitzenden der IG Metall, Otto Brenner, zur Beantwortung zu übergeben. Dem Generalstaatsanwalt wurde aufgegeben, wie er zu antworten hatte: "Die Anklageschrift gegen Brandt wird vorbereitet. Brandt ist ein Bürger der DDR, er hat zwölf Jahre lang Agententätigkeit in der DDR für Westdeutschland und für ausländische Geheimdienste geleistet. Diese Mitteilung erfolgt auf der Grundlage der der Anklagebehörde vorliegenden Materialien."

Brandt wurde wegen „Agententätigkeit“ und für seinen „Kampf gegen die Arbeiter- und Bauernmacht“ angeklagt. Der im Mai 1962 durchgeführte Prozess vor dem Obersten Gericht war faktisch ein Geheimprozess. Brandt wurde am 10. Mai 1962 zu 13 Jahren Zuchthaus „wegen schwerer Spionage in Tateinheit mit staatsgefährdender Propaganda und Hetze“ verurteilt, seine Mitangeklagten erhielten ebenfalls langjährige Zuchthausstrafen.

### **Die Kraft der Solidarität**

Die Kidnapper des MfS zerstörten 1961 diesen Neuanfang im Westen. Sie zwangen Brandt zum Diktaturenvergleich aus der Häftlingsperspektive. Die gelegentlichen Besuche seines Ost-Berliner Anwalts Dr. Wolff waren in Bautzen seine einzige dünne Verbindung zur Außenwelt. Die Isolationshaft von Brandt in Bautzen wurde schließlich nicht durch die Einsicht der Machthaber in ihr begangenes Unrecht beendet, sondern durch eine politische Kampagne erzwungen. Seine Frau Annelie begann unmittelbar nach seiner Entführung, den Kampf um die Befreiung ihres Mannes aus Bautzen zu organisieren. Brandt erfährt Solidarität. Erich Fromm hat in seiner Einleitung zur Autobiographie von Brandt<sup>3</sup> Umfang und Bedeutung der Kampagne zusammengefaßt: „Seit seiner Verschleppung während seiner drei Gefängnisjahre war es Brandt nicht erlaubt worden,

---

<sup>2</sup> „Karl Raddatz arbeitete bis zu seiner Verhaftung am 22. Juni 1960 als Abteilungsleiter beim Ausschuss für deutsche Einheit. Wilhelm Fikentscher war als freiberuflicher Übersetzer in Berlin tätig. Fikentscher und Brandt kannten einander überhaupt nicht. [...] Raddatz und Brand waren politisch am bedeutsamsten,“ schreibt Knud Andresen in seiner 2007 in Bonn unter dem Titel: „Widerspruch als Lebensprinzip“ erschienenen Biografie über Heinz Brandt.

<sup>3</sup> Heinz Brandt: Ein Traum der nicht entführbar ist, München 1967.

mit jemandem zu sprechen, noch wußte er irgend etwas von den Bemühungen um seine Befreiung, die schon einige Tage nach seiner Entführung einsetzten. Liberale, Sozialisten, Pazifisten und Gewerkschaftler sowie Organisationen wie 'Amnesty' verlangten unentwegt Brandts Befreiung. Als Bertrand Russel dieser Kampagne ihren größten Auftrieb gab, indem er einen Orden, den die ostdeutschen Kommunisten ihm verliehen hatten, zurücksandte, geschah das Wunder. Die Ulbricht-Regierung gab dem Druck der nicht-kommunistischen 'Linken' nach, begnadigte Brandt und erlaubte ihm die Rückkehr in die Bundesrepublik.“

Auf drei Aspekte dieser Kampagne soll noch kurz eingegangen werden. Selbstverständlich setzte sich die IG Metall nachhaltig für die Freilassung ihres Funktionärs ein. Ihr Vorsitzender Otto Brenner verlangte immer wieder öffentlich „die sofortige Freilassung unseres zu Unrecht verurteilten Kollegen!“ Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) hatte ebenfalls einen gewichtigen Anteil an dieser Kampagne für die Freilassung von Brandt und trug diese Forderung auch in Ost-Berlin vor. Als erster Studentenverband aus der Bundesrepublik beteiligte sich der SDS im Mai 1964 mit einer offiziellen Delegation am Deutschlandtreffen der FDJ in Ost-Berlin. Der zweite Bundesvorsitzende des SDS, Hellmut Lessing, forderte öffentlich die Freilassung von Heinz Brandt und die Beendigung der politischen Justiz in ganz Deutschland.

Nicht nur die SED war Adressat der Forderungen nach Freilassung von Brandt. Ende 1963 weilte auf Einladung der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) eine Delegation der Französischen Sozialistischen Partei in Moskau. Die französischen Sozialisten forderten die Freilassung von Brandt und übergaben eine Liste mit Namen von Sozialdemokraten, die sich noch in osteuropäischen Gefängnissen befanden. Die KPdSU sicherte die Prüfung dieser Fälle zu und betonte, die Freilassung dieser politischen Gefangenen wäre ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Entspannung zwischen Ost und West. Schließlich protestierte das Internationale Lagerkomitee von Häftlingen aus den KZ-Lagern Auschwitz und Buchenwald in Paris gegen die Inhaftierung von Brandt und Raddatz in der DDR und verlangte ihre Freilassung.

### **Einzelhaft in Bautzen und die quälenden Erinnerungen an Sachsenhausen, Auschwitz und Buchenwald**

Seine Einzelhaft in Bautzen II begann im Oktober 1962. Er wurde zum Strafgefangenen

558, sein Name wurde ihm erneut genommen.

Zwanzig Jahre zuvor hatte er die Auslöschung seines Namens schon einmal erlebt. Im Oktober 1942 war Brandt in einem Viehwaggon mit anderen jüdischen Häftlingen aus dem KZ Sachsenhausen in das Vernichtungslager Auschwitz verbracht worden. „Räder müssen rollen für den Sieg“, verkündete die Lokomotive. Aber die Räder an den Viehwaggons, in denen wir zusammengepfertcht transportiert wurden, rollten für den Mord. Sie rollten nach Auschwitz, und das eingeladene Vieh waren wir. Wieder ging es durch ein KZ-Tor. Der Torbogen verkündete: 'Arbeit macht frei' – 'Sklaverei verzögert Vergasung' wäre die sinngemäße Übersetzung dieses SS-Deutsch. Die ewig gleichen Lagerstationen: Entlausung, Bad; aber dann etwas Neues. Nachdem wir überall am Körper geschoren worden waren, wurden uns Nummern in den linken Unterarm eingeätzt. 'Damit wir die Leichen besser sortieren können', höhnte die SS. Fortan war ich die Nummer 69912.“ Brandt trug nun den „Sklavenstempel“, denn „wo der Mensch zur Sache degradiert ist, zum Werkzeug, tritt die Nummer sinngemäß und durchaus logisch an die Stelle des Namens.“ Der Sklavenstempel von Auschwitz war für die betroffenen Menschen nicht allein eine Frage des Überlebens, es ging auch um ihre Menschenwürde unter den Bedingungen eines erbarmungslosen Lagerregimes, in dem Arbeitsunfähige selektiert und vergast wurden. In dieser Hölle sicherten solidarische Hilfe von Mitgefangenen oder die rücksichtslose kriminelle Energie dem Einzelnen Überlebenschancen. Der gewaltsame Tod, willkürlich vollstreckt, war unberechenbar allgegenwärtig. Das Ende gedanklich vorzubereiten war die Methode, mit der sich Brandt der eigenen Angst widersetzte. In Bautzen kehrte die Todesnähe zurück und mit ihr die bedrückende traumatische Erinnerung: „Wie oft habe ich damals in Nazi-Haft und nun im SSD-Verlies meine Hinrichtung trainiert – völlig fiktiv, sie drohte mir nie. Aber falls sie mir drohte, wie würde ich das bestehen? Im Training kam ich mit knapper Not durch; aber die Wirklichkeit mußte unvorstellbar, unausdenkbar grausig sein.“ Zwei Jahre vor seinem Tod hatte er in einer seiner letzten autobiographischen Arbeiten mit dem bezeichnenden Titel "Im Loch von Bautzen – Selbstbildnis aus der Zellen-Perspektive", die 1984 erschien,<sup>4</sup> andeutungsweise diese quälenden Traumerlebnisse beschrieben:

„Manchmal schreckte ich des Nachts mit einem Entsetzensschrei auf: Ich habe in der Bautzener Zelle vom KZ geträumt. Sonst fühlte ich mich – wachwerdend – frei, erlöst. So aber bin ich aus dem Alptraum KZ in die Wirklichkeit Isolierungshaft gerissen – kein schönes Erwachen. Zuweilen rufe ich auch im Schlaf um 'Hilfe', dann befinde ich mich im Traum (aus der Betäubung zu mir kommend) plötzlich in den Fängen der DDR-Kidnapper

---

<sup>4</sup> in: Hans-Jürgen Schultz (Hg.): Trennung, Stuttgart 1984.

– und durch meinen Schrei erwachend in der Zelle. Vergleiche ich im nächtlichen Grübeln meine Lage hier in der DDR-Isolation mit der im Nazi-KZ, so kommen mir zunächst Fetzen aus einem Brief in den Sinn, den Paulus einst an die Korinther schrieb: 'Ich bin in Gefahr gewesen durch die Mörder ... in Gefahr unter den falschen Brüdern'. In der Tat, ich bin – zunächst – in Gefahr gewesen unter den Mördern, in Gefahr unter den echten, den erkannten Feinden, den höchst aufrichtigen Mördern ... Hier in meiner Bautzener Einzelzelle bin ich durchaus nicht in unmittelbarer Lebensgefahr.“

Der Nachgeborene bekommt durch die Beschreibung dieser Alpträume eine Ahnung von der quälenden Ungewissheit des Lebens in Isolationshaft, das sich zwischen den Polen widerständiger Hoffnung und verzweifelter Ausweglosigkeit an einem Abgrund bewegte. Aber seine Ängste, Empfindungen, Überlegungen, seine Selbstzweifel mußte der Strafgefangene 558 in Bautzen mit sich selbst abmachen. Für den Isolationsgefangenen gab es keine Gemeinschaft der Häftlinge. Gegründet auf gelebter Gefangenschaft verglich Brandt die Haftbedingungen von Bautzen mit denen der Konzentrationslager und Zuchthäuser der Nationalsozialisten:

„Im Übrigen erscheint mir aus der Bautzener Zellenperspektive, so entsetzlich, so absurd es auch klingt, selbst Auschwitz noch in einem entscheidenden Punkt überlebenserträglicher als diese infame, verdammte strikte Isolierung hier. Bei nüchternem Vergleich lerne ich einen wesentlichen Umstand schätzen, der es mir erleichterte, selbst dem Tod von Auschwitz von der Schippe zu springen: die Gemeinschaft. Als Zuchthäusler lag ich in Drei-Mann-Zellen und arbeitete mit vielen anderen gemeinsam in großen Hallen; als SS-Sklave lag ich in Barackengemeinschaft und kam auf Außenkommandos; so war ich weder von den Menschen gelöst noch von der Natur.“

### **Überlebenswille und Mut zum Widerstand**

Der Überlebenswille von Brandt setzte in Sachsenhausen, Auschwitz und Buchenwald auf die Gemeinschaft, während er in Bautzen auf sich selbst angewiesen war. In Auschwitz war Brandt als politischer Häftling beteiligt an der Dokumentation der Todesfabrik, die von den Häftlingen erstellt, aus dem Lager geschmuggelt und über einen Sender der polnischen Widerstandsbewegung aus Krakau nach London gefunkt wurde. Brandt berichtete darüber in seiner Autobiographie:

„Was wir schreiben, sind keine 'Milieuschilderungen'. Es sind knappe Angaben: Taten, Täter, Namen, Termine, Opfer, Zahlen, Herkunft der Todestransporte, präzise Darstellungen, wie die Gaskammern, wie die Krematorien 'funktionieren', welches Beutegut in die Lust- und Raubmord-Zentrale Berlin geht. Es sind vor allem die Ungarn-Transporte, von denen wir berichten können. Viele von ihnen gehen 'geschlossen ins Gas'. Das 'Reich', das da mit preußischer Perfektion mordet, führt mit gleicher preußischer Präzision korrekte Mordstatistik. Unsere Verbindungen reichen in jedes Zweiglager, reichen ins Stammlager, auch in die Schreibstuben. Der illegalen internationalen Häftlingsorganisation im KZ sind auch die Details der großen Todesfabriken zugänglich. Was der BBC da an exakten Einzelheiten über Auschwitz meldet ... ist so präzise, so aktuell, daß die 'politische Abteilung' (die SD-Zentrale im Lager) fest davon überzeugt ist, die Informanten seien leitende SS-Offiziere, 'Schweinehunde', die sich rückversichern wollten – sie sind auf falscher Fährte. Sie suchen vergeblich.“ Den Schutz der Häftlingsgemeinschaft erlebte Brandt, als er 1945 den Todestransport von Auschwitz nach Buchenwald überlebte. Dort erkannten ihn zwei ihm bekannte politische Gefangene. Sie waren als Kapos Funktionshäftlinge, und sie entschieden, daß er, der kommunistische Genosse und Jude, leben sollte. Der entkräftete und dem Tode nahe Brandt wurde in Buchenwald noch vor der Befreiung des Lagers wieder aufgepäppelt.

Welcher Unterschied zu Bautzen! Hier, in der Isolationshaft, fühlte er sich als „Kosmonaut, gewissermaßen, im schweigenden Weltall“. Vor ihm stand die bange Frage, wie überleben ohne aufzugeben? Es blieb der eigene Kopf, die Erinnerung und der Aufbau einer eigenen imaginären inneren Gegenwelt jenseits der Zellenwirklichkeit. In seiner Autobiographie heißt es:

„In meinem Kopf tanzen die seligen Dämonen; er ist mein 'großes Schauspielhaus'; immer ausverkauftes Haus natürlich. Ich bin Intendant, Ensemble und Publikum in einem.“ Johann Wolfgang von Goethe und Georg Büchner sind bevorzugte Autoren in diesem Theater, in dem namentlich 'Dantons Tod' oft auf dem Spielplan steht. Ausdrücklich zitiert Brandt den Schluß des Dramas, in dem „die verzweifelte, durch den Terror wahnsinnig gewordene Revolutionärin, ... mit dem Selbstmordruf 'Es lebe der König!' den Sinn der erkämpften Republik in Frage stellt“. Eine naheliegende Analogie zur politischen Biographie des Gefangenen.

## Der Schwur von Buchenwald 1945

In der Bautzener Einzelzelle hatte Brandt endlos Zeit, um sich seines Lebensweges immer wieder prüfend zu vergewissern. Das Schlüsselerlebnis ist für ihn ohne Frage der Erste Weltkrieg. Das fünfjährige Kind erlebte bewußt 1914 die Mobilmachung in der Garnisonsstadt Posen. Schmerzhaft erfuhr er danach den Tod von Anverwandten und Freunden der Familie auf den Schlachtfeldern des Krieges. Aber, so fragte er 70 Jahre später:

„Was zwang mich in meine Bahn? Hatte ich das nötig? Klug genug war ich ja, um zu wissen, wie ich das doppelte Risiko – erst den Nazi-Kerker, dann den DDR-Knast – hätte vermeiden, umschiffen können. Doch bin ich von Anbeginn lebensgefährlich lebensaktiv. Immer erneut imaginierte ich mir Bilder von einst. Die totale Einsamkeit dehnte die Zeit und gebiert eine Art Wiederholungszwang. Das grübelnde Fragen, das Gespräch mit sich selbst, die innere Auseinandersetzung, sind zellenbedingt, zellenverstärkt – über meinen Hang (auch da draußen) zu Tagträumen hinaus. Zugleich – und als Gegenmittel – zwingt es mich, das große Welttheater in ein höchst subjektives Kopfdrama zu verwandeln, in eigene Regie zu nehmen.“

Es ist ein endloses Im-Kreis-Grübeln, dem er sich ausliefern muß. Er besteht diese Prüfung und kann in Bautzen wichtige Stationen seines eigenen Lebensweges für sich klären, so daß er nach seiner Haftentlassung zügig seine Autobiographie schreiben konnte.

Eine für seinen Weg nach Bautzen wichtige Entscheidung traf der 1909 geborene Brandt im Jahr 1928. Er wurde Mitglied des Kommunistischen Jugendverbandes und der roten Studentengruppe an der Berliner Universität, an der er Volkswirtschaft studierte. „Ich war 19 Jahre alt, und alles war mir klar“. Er war begeistert und voller Hoffnung: „Der Sozialismus, der Kommunismus, die klassenlose Gesellschaft, die Menschheit befreit von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg; Frieden und Humanismus als Grundlage der neuen, der wahrhaft menschlichen Gesellschaft.“ Als er 30 Jahre später aus der DDR floh, wußte Brandt, „Mittel, Weg und Ziel stimmten nicht mehr überein. Mittel und Weg löschten das Ziel aus, anstatt es zu verwirklichen. Die Praxis widerlegte die Theorie.“ Aber zuvor hatte ihm sein Glaube geholfen, gegen die Nationalsozialisten zu kämpfen und die Jahre in ihren Zuchthäusern und Konzentrationslagern zu überleben.

Brandt blieb zeitlebens ein gläubiger Aufklärer. Er wußte, Menschen können sich irren,

sich aber auch immer wieder neu entscheiden und begangene Irrtümer erkennen und korrigieren. Das menschliche Verhalten ist nicht genetisch festgelegt, es ist veränderbar. Das bewies der lebensaktive Jungkommunist bereits 1931, kurz nach seinem Eintritt in die KPD. Damals kreuzten sich die Schicksalslinien von Brandt, Ulbricht, damals politischer Leiter des Bezirks Berlin-Brandenburg der KPD, und Mielke zum ersten Mal. Eine wichtige Station auf dem Weg zum Untergang der Weimarer Republik war der von NSDAP und KPD gemeinsam betriebene Volksentscheid gegen die sozialdemokratisch geführte preußische Landesregierung am 9. August 1931. Der Volksentscheid scheiterte. Aber um die politische Niederlage der Kommunisten zu kaschieren, starben auf dem Berliner Bülow-Platz an diesem Tag zwei Polizeioffiziere. Sie wurden niedergestreckt von einem Kommando des Parteiselbstschutzes der KPD, und Mielke war unter den Mördern.

Brandt widersetzte sich in der KPD dieser Politik der Aktionseinheit mit der NSDAP. Er schloß sich den „Versöhnlern“ an, der letzten Fraktion innerhalb der Partei nach deren Stalinisierung. Die Versöhnler versuchten, den Kurs der KPD von innen zu verändern, sie widersetzten sich der damals geltenden sogenannten ultralinken Linie. Die Kommunistische Internationale, die von einer bevorstehenden Revolution in Deutschland ausging, erklärte die Sozialdemokratie zum Hauptfeind innerhalb der Arbeiterbewegung. Mit diesem Kurs waren Abkommen zwischen den Führungen der sozialdemokratischen und kommunistischen Partei zum Schutz der Republik für die Kommunisten ausgeschlossen. Die Versöhnler in der KPD dagegen befürworteten solche Bündnisse gegen die drohende nationalsozialistische Gefahr ein.

Solidarität, die gegenseitige Hilfe in der Nachbarschaft und im Betrieb, war in der sozialistischen Arbeiterbewegung die grundlegende ethische Norm. Ohne die Bedeutung dieses Leitbildes sind in der politisch und ideologisch immer zerstrittenen sozialistischen Bewegung weder Brüche in Lebensläufen noch Parteienwechsel oder die uneigennützig Hilfe für in Not geratene Kollegen oder Genossen zu erklären. In dem Leben von Brandt gab es viele Beispiele für solidarisches Verhalten. Eine herausragende Bedeutung für sein Leben spielte Sigismund (Siggi) Neumann. Als Brandt 1933 die Prügel in der SA-Kaserne Hedemannstraße überlebt hatte, und freigelassen wurde, beschwor ihn Neumann zu emigrieren, mit ihm nach Paris zu gehen. „Hier kommst Du um, kommst Du mit Sicherheit um“, hatte er gesagt, „Wenn Du ihnen noch einmal in die Hände fällst, bist Du verloren. Du weißt, daß sie noch lange an der Macht bleiben werden. Früher oder später haben sie Dich wieder“. Ich hatte nicht auf ihn gehört – hatte meinen Frontfimmel. Berlin, das war der Kampfplatz, den ich mir bestimmt hatte.“

Neumann ging allein in die Emigration, aber Brandt informierte ihn bis zu seiner eigenen Verhaftung im Dezember 1934 über aktuelle Ereignisse im Dritten Reich, die dieser veröffentlichte. Brandt selbst organisierte in Berlin eine illegale Betriebszeitung, den „Siemens-Lautsprecher“. Als ihn die Gestapo verhaftete, bereitete er sich gerade auf eine Reise nach Moskau vor, um die Lenin-Schule zu besuchen. Von dem Lehrgang des Jahres 1935 an der Lenin-Schule sind die meisten Kursanten der stalinschen Kommunistenverfolgung ebenso zum Opfer gefallen, wie die „Versöhnler“, die sich vor Hitlers Verfolgung im Moskauer Exil sicher wähnten. Genauso sicher glaubten sich seine Geschwister Richard und Lili, die er 1932 in ihrer Absicht bestärkt hatte, in die Sowjetunion zu fahren, um dort zu arbeiten. Der Bruder kam durch den stalinschen Terror ums Leben, seine Schwester Lili wurde für 17 Jahre nach Sibirien verbannt.

Im Selbstbildnis von 1984 schilderte Brandt seine Alpträume in der Bautzener Zelle, die sich mit dem Schicksal seines Bruders Richard beschäftigen:

„Vergleiche ich meine Lage in Isolationshaft und als KZ-Sklave, drängt sich mir zugleich die Erinnerung an Richard auf, meinen jüngeren Bruder. Er emigrierte – und tat das auf meinen Rat – aus Berlin nach Moskau, flüchtete vor dem erkannten Feind, dem Nationalsozialismus, zum vermeintlichen Freund, ins 'Vaterland aller Werktätigen'. Richard wurde im Jahre 1938 – es war die Hoch-Zeit der stalinschen 'Säuberungen' – verhaftet, gefoltert und vom Moskauer Militärgericht unter den landesüblich-absurden Beschuldigungen zur schwersten Haftform: zehn Jahre 'ohne Schreiberlaubnis' verurteilt, was der Todesstrafe gleichkam: Er ist im Gulag verschollen ...

Heute habe ich ein Kanzleipapier der Chruschtschow-Ära in Händen, wonach Richard im Jahre 1956 'postum' (d. h. nach seinem Tode) 'rehabilitiert' wird. ... Was ist mit, was ist in meinem Bruder vorgegangen? Er ahnte, daß ich im KZ war, und wird mich doch beneidet haben – wußte ich doch, wofür und bei wem ich saß. Wann erkannte er, daß er in Gefahr war unter den falschen Brüdern, in Feindeshand? Ich habe ihm leichtfertig, fahrlässig einen tödlichen Rat erteilt. Vergleiche ich unser, geographisch getrenntes, gleichzeitiges Sklavendasein – ich in Auschwitz, er irgendwo im Gulag –, so ist nur eines sicher: Ich bin durchgekommen, er ist untergegangen; ich war einen jeden Tag im Leben als SS-Sklave bei allem und auf meine Art immer noch glücklich dran – er war jeden Tag im Gulag-Leben allein im Unglück, im Unglück allein.“

Die Verhaftung durch die Gestapo war für Brandt im Nachhinein auch eine Lebensrettung. Es ist ein mörderischer Diktaturenvergleich, der ihm aufgegeben war. Das Schicksal seines Bruders Richard und seiner Schwester Lili in der Sowjetunion war nicht die einzige

Bürde im Gedächtnis des Strafgefangenen 558 in Bautzen. Da war noch das Schicksal der Eltern und des jüngsten Bruders Wolfgang, die zu den Opfern des Völkermordes an den europäischen Juden gehörten. Die Eltern wohnten 1939 mit seinem kranken jüngeren Bruder Wolfgang noch in Posen, das lag damals in Polen. Am 1. September begann Hitler seinen Krieg gegen das Land, und nach dem deutschen Sieg im „Polenfeldzug“ wurden die Angehörigen von Brandt „der Endlösung entgegen, aus Posen ins Ghetto Ostrow-Lubelski getrieben. Sie verstehen nicht, was ihnen geschieht, wissen nicht, was ihnen bevorsteht, lassen sich ihre Illusionen über das deutsche Kulturvolk nicht nehmen“, schreibt Brandt in seinem Selbstbildnis aus der Zellen-Perspektive. Und er räumt ein, es ging ihm damals nicht viel anders. „Auch ich übrigens, der doch den Nationalsozialismus zu kennen glaubte, hatte die generalstabsmäßige industrielle Ausrottung nicht vorausgesehen, deren Zeuge ich dann in Auschwitz wurde. Auf der Spur verschollener Briefe meiner Mutter aus dem Ghetto bin ich auf eine Widerstandsgruppe im Ruhrgebiet gestoßen, einen Bund, der sich 'Gemeinschaft für sozialistisches Leben' nannte. ... In ihren Briefen (einige sind erhalten geblieben) berichtet meine Mutter kaltblütig und warmherzig vom Schreckensort. Sie zeigt zugleich, wie sie dort – und unter zunehmend tödlichen Bedingungen – den Kindern eine kärgliche Oase sichert. Es gibt stets – in welcher Lage auch immer – die Chance zum Humanverhalten. Und wer wollte sagen, daß es umsonst war, nutzlos, was meine Mutter an Liebe, Trost, an Wärme gab, nur weil diese Kinder ohnehin rettungslos verloren waren, ihr grausiges Ende unabwendbar? Als meine Mutter ihre Briefe schreibt, sind mein Vater und mein Bruder Wolfgang bereits im Ghetto umgekommen; sie weiß mich im KZ und meinen Bruder Richard im Gulag. Sicherlich hoffte sie verzweifelt, daß wir überleben und einst ein Zeugnis von ihr vorfinden, so ist ihre Botschaft – zuletzt ein Notschrei – indirekt auch an uns gerichtet. Mich hat sie erreicht. Wir drei Menschen einer Familie, eines Ideenkreises – meine Mutter, mein Bruder Richard und ich – sind zu gleicher Zeit an gleich bösem, doch ungleichem Ort: voneinander getrennt, von der Gesellschaft ausgestoßen, isoliert und doch – ohne voneinander zu wissen – miteinander im Geist verbunden. Nur ich überlebte. Die beiden anderen, hingemordet, sterben für sich allein.“

Seine Befreiung aus Buchenwald und Bautzen benannte Brandt mit einem Wort aus dem neuen Testament, das die Hoffnung gläubiger Christen ausdrückt: Auferstehung. Die erste erfolgte im April 1945 in Buchenwald. In seiner Autobiographie beschrieb er den Schwur der befreiten Häftlinge als Hoffnung auf ein Leben in Frieden und Freiheit:

„Es gibt wenige Lager, die sich selbst befreien. Es gibt kein Lager, das sich so organisiert befreite wie Buchenwald. Der 'Buchenwaldschwur' wird zum Symbol, zum Befreiungsgelöbnis schlechthin. Wir stehen da oben, fahlhäutige Skelette, auf dem Appellplatz, die dünnen Arme emporgestreckt, die spitzen Finger stechen den Eid in den Himmel. Wir sind zusammengeströmt, Eidgenossen, nicht angetreten, nicht aufmarschiert, nicht ausgerichtet. Gestern noch waren wir Sklaven, kommandiert zum Appell: Moribundi – zum 'Block' geordnet, todesstarr formiert in 'Reih und Glied'. Heute stehen wir in der lebendigen Ordnung der Freiheit und appellieren an die Welt.

Wir haben wieder eine Gegenwart. Unser Schwur – in die Zukunft gerichtet, beschwört die Vergangenheit. Was hinter uns liegt, bindet uns, so meinen wir, für immer. Trunken verweilen wir im Augenblick. Und so fragen wir uns nicht, was eigentlich nie wiederkehren soll. Auschwitz? Unbewußt verstehen wir dies 'Nie Wieder' allumfassend, so total wie das, was uns in den vergangenen zwölf Jahren begegnete. Alles scheint einfach heute.“

In diesen Zeilen wird das Gefühl der Auferstehung nachvollziehbar, das die Häftlinge in diesem April 1945 einte. Aber nach seiner Rückkehr aus Bautzen kannte Brandt auch das trennende, das in den letzten zwei Jahrzehnten zwischen die befreiten Häftlinge getreten war. Er fährt fort:

„Morgen schon wird alles fraglich sein. Niemand von uns ahnt das Entsetzliche. In wenigen Monaten schon wird die Bombe auf Hiroshima fallen; wie bald wird Workuta in aller Munde sein; wenige Jahre nur, dann hängen Rajk, Kostoff und Slansky, ereignet sich die Tragödie des 17. Juni, wird die ungarische Revolution im Blut erstickt, brennen die Dörfer Vietnams – entlaubte Wälder, geflutete Felder. Heute eint uns der gemeinsame Abscheu vor den Verbrechen der Vergangenheit. Morgen wird uns die unterschiedliche Beurteilung der neuen Verbrechen trennen.“

### **SED-Funktionär auf Widerruf**

Im Sommer 1945 kehrte Brandt wieder nach Berlin zurück und schloß sich erneut der KPD an. Der Aufruf des Zentralkomitees vom 11. Juni 1945 schien der Hoffnung von Buchenwald zu entsprechen. Die Parteiführung betonte ausdrücklich, „daß der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland. Wir sind vielmehr der Auffassung, daß die entscheidenden Interessen des deutschen Volkes in der

gegenwärtigen Lage für Deutschland einen anderen Weg vorschreiben, und zwar den Weg der Aufrichtung eines antifaschistischen, demokratischen Regimes einer parlamentarisch-demokratischen Republik mit allen demokratischen Rechten und Freiheiten für das Volk.“

Brandt wurde Angestellter des Magistrats von Groß-Berlin und arbeitete für den Hauptausschuß „Opfer des Faschismus“, der sich als zentrale Stelle mit den existentiellen sozialen Fragen der Opfer der nationalsozialistischen Diktatur zu beschäftigen hatte: Dazu zählten die Beschaffung von Wohnraum, ärztliche Versorgung und die Verteilung von Lebensmittelkarten und Kleidung. Der Berliner Hauptausschuß „Opfer des Faschismus“ übernahm eine politische Leitfunktion für ähnliche Ausschüsse in der Sowjetischen Besatzungszone. Hier lernte Brandt auch Karl Raddatz kennen, seinen späteren Mitangeklagten von 1962. Auf der Leipziger Konferenz der Ausschüsse der Opfer des Faschismus der SBZ im Oktober 1945 sprach Brandt über die Notwendigkeit, neben der Anerkennung der politischen Widerstandskämpfer durch die Ausschüsse sich auch der rassistisch Verfolgten anzunehmen. Elke Reuter und Detlef Hansel zitieren in ihrem Buch „Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953“ Brandt: „Es sei unmöglich, einerseits eine Aufklärungspolitik im deutschen Volk zu betreiben, die das verbrecherische Wesen der Nazi-Ideologie gerade auch an der Vernichtungspolitik gegenüber den Juden klarmachen will, während man andererseits erkläre, die Juden als Opfer des Faschismus nicht anerkennen zu wollen.“

1946 zwang die KPD mit Hilfe der Besatzungsmacht die SPD in der Sowjetischen Besatzungszone zur Fusion in die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), Brandt wird ihr Mitglied. 40 Jahre später gab er auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung Auskunft über seine auf die damaligen Erfahrungen gegründete Sicht der Dinge: „Unter allen sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen, kommunistischen Genossen, mit denen wir diskutierten in Luckau und Brandenburg und vorher im Übergangsgefängnis Kantstraße, dann später im KZ Sachsenhausen, Auschwitz, Buchenwald – es gab ja unerhört intensive Diskussionen – unter ihnen allen habe ich nicht einen einzigen kennengelernt, nicht einen einzigen Genossen, der mir gesagt hätte, 'Wir müssen in der Weise neu beginnen, daß ein Zusammengehen mit dem Kommunismus von vornherein ausgeschlossen ist. Das kann für uns kein Weg sein, das ist kein Weg'. Das ist mir nicht begegnet.“ Diese Diskussionen in der Haft waren eine Bestätigung seines eingeschlagenen politischen Weges und helfen zu verstehen, warum er sich 1945 seine

KPD-Mitgliedschaft erneuert.

1946 traf Brandt Siggie Neumann wieder, 13 Jahre nach ihrer Trennung in Berlin. Er fordert Brandt auf, sofort die SBZ zu verlassen und mit ihm nach Hannover, in den Westen Deutschlands zu gehen, um Mitglied der sozialdemokratischen Partei zu werden. Brandt referiert in seiner Autobiographie dieses Gespräch: „Du warst, sagte er, 'zehn Jahre vom Leben isoliert. Du hast in dieser schrecklichen Zeit deiner Nazi-Haft den Verfall des Stalinismus, die Entartung der russischen Revolution, die Tragweite all dessen, was geschehen ist, nur mangelhaft erfahren und erkennen können. Der Stalinismus ist bankrott, der Marxismus-Leninismus endgültig kompromittiert. Also sind letzten Endes auch Lenin, auch die 'Versöhnler', auch Trotzki, gescheitert. Sozialismus ist nur auf demokratischem Wege möglich. Wir müssen von vorn beginnen'. Soweit, so gut. Wie aber sollte ich mich entscheiden? 'Du wirst', sagte Siggie, 'den Stalinisten in die Hände fallen, früher oder später. Ihr Spiel spielst Du nicht, und sie werden Dich vernichten, was immer Du auch tun wirst. Hast Du noch nicht genug? Du hast damals nicht auf mich gehört – tu es jetzt'. Fatale Wiederholung: Meine 'Front' ist Berlin – nicht Hannover. Ich werde in Berlin bleiben, aber ich werde – wie einst im Dritten Reich – die Verbindung zu Siggie nicht abreißen lassen. Ich werde ihn über alles unterrichten, was sich im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands einer demokratischen Entwicklung entgegenstellt.“

Die Wiederaufnahme einer unterbrochenen Freundschaft war ein weiterer gewichtiger Schritt, der Brandt nach Bautzen führen wird. Neumann baute im SPD-Parteivorstand das Ostbüro auf, das nach der Gründung der SED notwendigerweise illegale Verbindungen in die SBZ und spätere DDR unterhielt. Beziehungen, die seitens der SED als „Spionagetätigkeit“ für einen westlichen Geheimdienst verfolgt wurden.

Neumann hatte sich auch diesmal in seiner Prognose nicht geirrt. Anfang 1953 wurden in der SED die Personalakten der jüdischen Funktionäre eingesammelt, in Moskau wurden die jüdischen Kreml-Ärzte verhaftet. Erneut drohte eine stalinsche Säuberungswelle, aber diesmal starb der Despot, bevor seine Pläne auch in der DDR Wirklichkeit werden konnten. Brandt ergriff am 16. Juni 1953 Partei für die streikenden Arbeiter und wurde auch dafür nach Ulbrichts Triumph aus dem hauptamtlichen Parteiapparat der SED ausgeschlossen. Vielleicht noch gravierender war 1956 nach dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 seine Reise nach Moskau, um nach Bruder und Schwester zu suchen. Hier lernte er sich eine Vorstellung von dem zu machen, was „Stalinismus“ wirklich bedeutete. Erst durch die Erzählungen in Moskau 1957/58 begriff Brandt, „daß Stalinismus ein

Millionen-Mord-Regime gewesen ist, und nicht das, was ich vorher angenommen hatte.“ Nach der blutigen Niederschlagung der ungarischen Revolution im November 1956 schwand jede Hoffnung auf baldige Entstalinisierung in der DDR. Er brach mit der SED auf seine Weise, er arbeitete mit dem Ostbüro der SPD gegen das SED-Regime. 1958 floh er in den Westen. Die Verbindung zu Neumann erwies sich als tragfähig für einen Neuanfang als Journalist der Gewerkschaftszeitung *metall*.

## **Erkenntnis und Umkehr**

In seinem Selbstbildnis aus der Zellen-Perspektive zieht er die selbstkritische Konklusion über den erkannten eigenen Irrweg in der kommunistischen Partei:

„Allzu lange habe ich – teils auch durch unzureichende Informationen in den zehn Jahren der Nazi-Haft – das Wesen des Stalinismus verkannt. Kritik nur an Teilbereichen geübt. Es bedurfte eines bitteren Lernprozesses, um mich radikal von ihm zu lösen, mich vom kritischen Kommunisten zum Anti-Realkommunisten zu wandeln, der strikten Widerstand leistet. Eine schlimme Realität gab sich als die Verwirklichung – dazu noch die einzig denkbare – jener faszinierenden Idee aus, der ich anhing. Die Lüge behauptete sich durch Terror, der Terror durch die Lüge. Der Moment, da man sich stark genug fühlt, den Trennungsstrich zu ziehen, entbindet ein unbeschreibliches Glücksgefühl.“

Die faszinierende Idee, auf die sich Brandt immer wieder bezog, ist der kategorische Imperativ von Karl Marx, der forderte, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“. Diese sozialistische Vision, die in der jüdisch-christlichen Kultur wurzelt, verlieh im „Lebenskraft“. An ihr hielt er fest auch nach seinem Bruch mit der kommunistischen Partei, er übernahm einen Satz von Manès Sperber als Lebensmotto, der bereits 1937 angesichts der Moskauer Prozesse mit den Kommunisten brach: „Ich bin ein alter Revolutionär, der den Hoffnungen, die er begraben mußte, treu geblieben ist.“<sup>5</sup>

## **Hoffnung auf die Opposition im Osten**

Brandt suchte auch nach 1964 weiterhin nach Mitstreitern für den Kampf um seinen Traum von einer gerechten Welt. Er solidarisierte sich kritisch mit der Studentenbewegung 1968, hoffte auf den Prager Frühling und blieb unbeirrbar solidarisch mit der bürgerrechtlichen Opposition gegen den realen Sozialismus in den Ländern des sowjetischen Imperiums.

<sup>5</sup> Manès Sperber: Rede anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 16. Oktober 1983, in: Jürgen Maruhn/Manfred Wilke: *Wohin treibt die SPD?*, München 1984

Abschließend zwei Beispiele für Brandts solidarisches Handeln. Als Jürgen Fuchs 1976 im Zusammenhang mit der Ausbürgerung von Wolf Biermann inhaftiert wurde, gründete sich in Berlin ein Schutzkomitee „Freiheit und Sozialismus,“ Brandt gehörte sofort zu seinen Aktivisten. Als Fuchs zehn Monate später aus dem MfS-Untersuchungsgefängnis Hohenschönhausen entlassen wurde und nach West-Berlin kam, traf sich Brandt mit Fuchs, der gerade seine erste Presseerklärung abgegeben hat. In seiner Presseerklärung nahm Fuchs kritisch Stellung zur Praxis des innerdeutschen Menschenfreikaufs aus DDR-Gefängnissen und der Rolle, die der Vertrauensanwalt des MfS, Wolfgang Vogel, dabei spielte. Der Kommentar von Brandt: “Wer noch so eine Presseerklärung nach seiner Haft abgibt, den haben sie nicht gebrochen.”

Der Atom pazifist Brandt war ein entschiedener Gegner der militärischen, aber auch der friedlichen Nutzung der Kernenergie. Immer wenn es um den Kampf gegen die Atomrüstung in der von der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten dominierten bipolaren Weltordnung ging, war Brandt dabei. So auch in der Protestbewegung gegen den Nato-Doppelbeschuß von 1979. Im Mai 1981 bereitete die westdeutsche Friedensbewegung die große Demonstration gegen die drohende Nachrüstung der Nato im Bereich der Mittelstreckenraketen vor. Zur Vorbereitung dieser Demonstration entstand ein Komitee, dem auch Brandt angehörte, aber sein Thema widersprach dem sogenannten Minimalkonsens, auf den sich die Organisatoren einigten, um die DKP nicht ausschließen zu müssen. Brandt, der ethische Gesinnungspazifist, verlangte nicht nur das Gespräch über die sowjetischen SS20-Raketen, die bereits stationiert waren, sondern auch über die sowjetischen Panzer, die in und um Polen die polnische Freiheitsbewegung Solidarnosc bedrohten. Er ahnte, was die sowjetische Führung in Polen plante und wußte, daß die SED ein zuverlässiger Gehilfe sein würde, wenn es um die Unterdrückung der polnischen Freiheitsbewegung ging. Er war verzweifelt und verbittert über diese Friedensbewegung, die so moralisch auftrat, aber leichtfertig einer doppelten Moral huldigte, indem sie wegsah, als es in Polen um Freiheit und Demokratie ging.

Für Heinz Brandt und seine Frau gibt es keinen Grabstein. Er hatte es zu seinen Lebzeiten abgelehnt, nach seinem Tod irgendwo beerdigt zu werden, er verwies auf das Schicksal seiner Familie. Der Bruder Richard wurde in den Weiten Rußlands verscharrt, die Eltern sind in Auschwitz ermordet worden und als Asche durch den Schornstein der Krematorien gegangen. Er wollte kein Grab. Uns bleibt nur das Erinnern an sein Leben -ein Leben im Kampf gegen zwei Diktaturen in dem er nie die Hoffnung verlor, die Welt im humanen Sinn

zu verändern.

**Ulrike Poppe**

**In der Wahrheit leben  
Methoden und Inhalte der oppositionellen Gruppen  
vor und während der Revolution**

Manfred Wilke hat an die bewegende Lebensgeschichte von Heinz Brandt erinnert und ich möchte daran anknüpfen. Heinz Brandts Lebensbericht „Ein Traum, der nicht entführbar ist“, lag in zwei orangefarbene Buchdeckel gepresst auf meinem Nachttisch, als eines Morgens im Sommer 1976 acht Männer vor der Tür meiner Ein-Zimmer- Hinterhof- Wohnung Einlass begehrten. Sie waren von der Staatssicherheit, wie Sie sich denken können. Ganz überraschend kamen sie nicht. Es war nicht meine erste Hausdurchsuchung und auch nicht meine letzte. Ein Freund von uns war verhaftet worden, das hatte ich erfahren. Daher hatte ich vorsichtshalber noch am Vortage ein paar West-Bücher, Briefe und andere Papiere aus der Wohnung geschafft. Aber das Buch von Heinz Brandt hatte ich vergessen! Wie ärgerlich! Es war ein Schatz, den ich nicht verlieren wollte, denn so einfach war es nicht, verbotene Bücher aus dem Westen zu beschaffen. Da lag das Buch nun! Allerdings hatte es keinen Schutzumschlag, der vielleicht den Verdacht, es könne sich um ein West-Buch handeln, noch verstärkt hätte. Einer der Männer nahm das Buch in die Hand, blätterte darin, las: Walter Ulbricht, Herrmann Axen, Willi Stoph, SED..., verlor das Interesse und legte es wieder zurück. Ich spürte einen kleinen Triumph.

Der Freund, der verhaftet worden war, Rupert Schröter, hatte zusammen mit anderen gegen die offizielle Verunglimpfung des Pfarrers Oskar Brüsewitz im „Neuen Deutschland“ protestiert. Als einer von 25 jungen Leuten hatte er eine Eingabe an Erich Honecker unterschrieben und Unterschriften gesammelt. "Wir sind keine Christen sondern Sozialisten und bekennen uns zum Marxismus." heißt es in dem Schreiben. Man wende sich gegen eine Praxis, die darin bestehe, die persönliche Würde eines Andersdenkenden zu verletzen, um der politischen Auseinandersetzung mit ihm auszuweichen. Nach etlichen Festnahmen, Verhören und Hausdurchsuchungen blieben letztlich drei der Unterzeichner in Haft, unter ihnen Rupert Schröter. Er wurde im Frühjahr 1977 wg. »staatsfeindl. Hetze« zu vier Jahren Gefängnis verurteilt.

Ich erwähne diese Geschehnisse deshalb, weil sich in diesem Zusammenhang auch eine Veränderung in der Struktur der oppositionellen Bewegung abzeichnete. Die Opposition der 80er Jahre, über die ich sprechen werde, setzte sich auch verschiedenen Strömungen zusammen: Das sind einmal marxistische Gruppierungen, die sich in den 70er Jahren zusammenfanden, zum anderen Teile der Kulturszene, die sich im Zusammenhang mit der wenige Monate später, im November 1976, erfolgten Ausbürgerung Wolf Biermanns radikalisierten und schließlich junge Christen, die

vor allem aus der Bewegung der Wehrdienstverweigerer, der SOFD-Initiative und der Offenen kirchlichen Arbeit kamen.

In den vorwiegend marxistischen Gruppen wurden in der Regel hoch konspirativ alternative Gesellschaftsmodelle entworfen und diskutiert. Auch die Oppositionellen in den östlichen Nachbarländern kamen ursprünglich vorwiegend aus marxistischen Kreisen. Sie hoben die Gegensätzlichkeiten zwischen den Mechanismen der Machterhaltung und dem Marxismus als Berufungsinstanz hervor. So waren - bei aller Vielfalt – zunächst durchaus jene systemkritischer Strömungen im Ostblock dominant, die einen nichtkapitalistischen bzw. antikapitalistischen Weg bevorzugten, die den Marxschen Ideen nicht grundsätzlich feindlich gegenüber standen. Imre Nagy stand für die Idee des „nationalen und menschlichen Sozialismus“, bildete eine Mehrparteien-Regierung und setzte sich für eine parlamentarische Demokratie und die Neutralität Ungarns ein. Alexander Dubček stand für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Jacek Kuroń verfasste zusammen mit Karol Modzelewski und Adam Michnik 1964 eine marxistische Kritik am kommunistischen System. Der Marxismus war für sie zwar in der Begrenztheit seiner Zeit zu bewerten, bot aber auch 100 Jahre später für die verschiedensten linken Strömungen noch durchaus faszinierende Vorstellungen von einer befreiten menschlichen Gesellschaft. Den kommunistischen Machthabern wurde vorgeworfen, dass sie sich aus machtpolitischem Eigeninteresse von der Marxschen Vision entfernt hatten, auf die sie sich beriefen. Die kleinen linken Diskussionsgruppen lösten sich gegen Ende der 70er Jahre weitgehend auf. Ein Teil von ihnen versuchte den Weg durch die Institutionen, in der Überzeugung, dass eine Reform nur „von oben“ möglich sei. Ein weiterer Teil gab auf und versuchte, in den Westen zu gelangen. Ein weiterer Teil schloss sich mit anderen, offenen Gruppen zusammen oder gründete neue Initiativen.

In der Kulturszene hatte es im Laufe der DDR-Geschichte immer wieder Proteste gegen die engstirnige Direktiven und Zensurmaßnahmen gegeben. Mitte der 70er Jahre starteten einige Versuche, offizielle Kulturstätten, z.B. FDJ-Kulturhäuser zu nutzen, um eigene, unzensierte, kulturelle Darbietungen zu veranstalten. Genannt seien hier vor allem die Veranstaltungsreihe »Eintopp« im Haus der jungen Talente in Berlin-Mitte sowie der »Kramladen« im Jugendklub Berlin-Langhansstraße, beide ganz wesentlich initiiert von der Liedermacherin Bettina Wegner. Es war der Versuch, jenseits des staatlich kontrollierten „Kulturschaffens“ eine kulturelle Öffentlichkeit herzustellen. Dichter, Schriftsteller, Liedermacher, Musiker – eine Vielfalt meist junger Künstler trat in den sehr gut besuchten Sälen auf und stellte sich einer öffentlichen Diskussion. Diese Veranstaltungen wurden zunächst von der Staatssicherheit gestört und schließlich verboten. Veranstaltungsorte gegen Ende der 70er Jahre wurden dann vor allem private Wohnungen, Ateliers und Kirchen. Aber auch diese Zusammenkünfte versuchte die Staatssicherheit mit

verschiedenen Strategien der „Zersetzung“, mit Verboten, Polizeieinsätzen, Drohungen und Ordnungsstrafen zu verhindern. Nach der Biermannausbürgerung war eine noch engere Verflechtung zwischen kultureller und oppositioneller Szene entstanden. Allerdings hatte der Staat auf die Proteste gegen die Biermannausbürgerung mit Publikations- und Auftrittsverboten reagiert, was eine hohe Ausreisewelle nach sich zog.

Die christlichen Kirchen hatten sich schon in den 60er Jahren für einen Wehersatzdienst eingesetzt und unterstützten jene jungen Männer, die die Waffe ablehnten oder auch die Wehrpflicht total verweigerten. In christlichen Basisgruppen wurde das Denken in Feindbildern, die Erziehung zu Hass und Gewaltbereitschaft abgelehnt. Folgerichtig fühlten sich diese Gruppen verbunden mit der Ende der 70er Jahre entstehenden weltweiten Friedensbewegung. Mit der Herausbildung einer unabhängigen Friedensbewegung in der DDR begann das letzte Kapitel der Oppositionsgeschichte vor der 89er Revolution. Das Wettrüsten eskalierte und die Gesellschaft wurde zunehmend militarisiert. (Z.B. wurde 1978 der Wehrkundeunterricht in den Schulen eingeführt.) So entstanden in den 80er Jahren eine Vielzahl von Gruppen, zum Teil innerhalb der Evangelischen Kirche, unter ihrem Dach oder auch außerhalb, die sich mit dem Friedensthema im weitesten Sinne befassten. Das hieß, in ihr Friedensverständnis schlossen sie den Umweltschutz, Gerechtigkeit für die Dritte Welt und zunehmend auch die Menschenrechte mit ein. Es wurde nur noch wenig konspirativ gearbeitet. In der Hauptsache ging es darum, für alle diese Themen eine Öffentlichkeit zu schaffen und damit verordnete Tabus zu brechen.

Das Durchschnittsalter lag wohl etwa zwischen Mitte 20 und 30 Jahren. Die meisten waren also im Schatten der Mauer erwachsen geworden. Die deutsche Teilung gehörte zur Normalität. Das heißt allerdings nicht, dass das Grenzregime und die mit der Abschottung einhergehende Provinzialisierung der DDR als unabänderlich hingenommen wurden. Es gab wenige Arbeiter unter den Oppositionellen, fast niemand war in Großbetrieben tätig. Viele, die akademische Abschlüsse hatten, durften nicht mehr in ihren Berufen arbeiten und lebten von Gelegenheitsjobs.

Ein neues Gesetz von 1982, das in bestimmten Fällen die Einbeziehung von Frauen in den Wehrdienst vorsah, veranlasste ein paar Frauen, mit einer Unterschriftenliste zur Verweigerung aufzurufen. Daraus entstanden die Berliner Gruppe „Frauen für den Frieden“ und gleich darauf zahlreiche andere Frauenfriedengruppen in der ganzen DDR. Die wohl radikalste oppositionelle Gruppe war die Mitte der 80er Jahre gegründete „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM). Ihre Forderungen nach freien Wahlen, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung zielten auf den Machtwechsel, auch wenn das so nicht explizit formuliert wurde.

Die Staatssicherheit versuchte, die Arbeit dieser Gruppen zu unterbinden, was trotz hohem materiellem und personellem Aufwand nicht gelang. Auf einer Dienstkonferenz 1985 verlautbarte der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, dass die Hauptstoßrichtung des MfS darauf zu konzentrieren sei, dass es diesen Gruppen nicht gelingen sollte, sich als legale Einrichtung zu etablieren. „Das wäre gleichbedeutend mit einem Durchbruch nach bürgerlichem Muster, im Sinne der Liberalisierung und Destabilisierung der politischen Machtverhältnisse.... Über von feindlich-negativen Kräften erhobene Forderungen wird nicht verhandelt.“ Vier Jahre später saßen diese „feindlich-negativen Kräfte“ am Runden Tisch und verhandelten über die Vorbereitung der ersten freien Wahlen, um die SED endgültig zu entmachten.

Der SED kontrollierte die Medien, die Bildung, die Wissenschaft, die Kindererziehung, die Kultur; lediglich der Kirche war als einziger Institution ein gewisser Freiraum zugebilligt, allerdings mit der Maßgabe, diesen allein für die Religionsausübung zu nutzen. Natürlich zog das Konflikte nach sich, zumal wenn es um die Frage ging, wer darüber befindet, was in den Bereich christlicher Religionsausübung gehört. Auch in der Kirchenobrigkeit war man sich keineswegs einig, in wieweit Gegner des SED-Staates und staatskritische Gruppierungen einen Rückhalt in der Evangelischen Kirche erhalten sollten. Eine ganze Reihe von kirchlichen Amtsträgern hat jedoch einfach die Tore geöffnet. Und viele spielten auch selbst eine prägende Rolle in der oppositionellen Bewegung.

Zu den Formen der Opposition gehörte in den 80er Jahren die Schaffung von „Parallelstrukturen“. Parallel zu den staatlich kontrollierten Bereichen wurden eigene, unabhängige Formen entwickelt: Samisdat als eigenes Medium, sogen. Sommer- und Winterakademien, Friedensseminare, Vortragsabende usw. in Kirchen und privaten Häusern, eigene Kindereinrichtungen, Theatergruppen in Hinterhöfen und auf kirchlichen und privaten Grundstücken. Auch wenn manche dieser Initiativen z.T. nicht vordergründig auf politisches Handeln ausgerichtet waren, so untergruben sie doch die Monopolstellung des Staates in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen und damit den totalen Herrschaftsanspruch der SED.

Insgesamt aber blieb die Opposition bis zum Herbst 1989 zahlenmäßig schwach. Lediglich einige Tausend waren in diesen Gruppen aktiv. Aber es gab auch einen Sympathiesantenkreis, der sicherlich ein Vielfaches dieser Größenordnung war: Freunde, Familienmitglieder, Arbeitskollegen, Nachbarn, die sich selbst mit ihrer Systemkritik zurückhielten, aber den Oppositionellen Unterstützung gaben. Zwar boten die Veranstaltungen in kirchlichen Räumen jedem Zutritt, aber die Angst, von der Stasi sofort als Sympathisant staatsfeindlicher Kräfte identifiziert zu werden, hielt wohl viele Menschen davon ab, sich in diese Kreise zu begeben. Aufgrund relativer Isolation enthielt s bezog sich die Kritik der Opposition am Staatssozialismus z. T. auf andere Themen, als

die, woran sich der Volkszorn von Zeit zu Zeit entzündete. Während z.B. Ende der 70er Jahre der eingeführte Mischkaffee aus 50% Röstkaffee und 50% Ersatzstoffen, der „Kaffee Mix“, als „Erichs Krönung“ bezeichnet, in der Bevölkerung zu heftigen Unmutsäußerungen führte, konzentrierte sich die derzeit entstehende Friedensbewegung auf die Kritik an der zunehmenden Militarisierung. Die so genannte „Wartburgkrise“, Ende der 80er Jahre, nahmen die Oppositionellen gar nicht zur Kenntnis. Der Preis des beliebten Viertakters war von ca. 20 auf 30.000 Mark gestiegen. Mit einer gewissen linksintellektuellen Überheblichkeit gingen die Oppositionellen über die materiellen Bedürfnisse der jahrelang für einen PKW sparenden Familien hinweg. Ihr zugleich grundrechtlich wie auch zivilisationskritisch geprägtes Selbstverständnis gebot, die „Niederungen“ der Konsuminteressen zu meiden. Warum ist das von ihnen nicht einmal aus politisch-taktischen Gründen in Erwägung gezogen? Zum einen wurde von ihnen das Wohlstandsversprechen in der Honecker-Ära als Methode der Machtsicherung gewertet, auf Kosten von Freiheitsrechten. Die Einforderung materieller Bedürfnisbefriedigung barg, neben allen Dynamiken, die einer Bedarfsstruktur innewohnen, die Gefahr, sich in der eigenen Lebenszufriedenheit einzurichten und das systemspezifische Ursachengefüge aus dem Blick geraten zu lassen. Dabei wurde in den Oppositionsgruppen übersehen, dass die Empörung über den Preis für ein Auto nur ein Anlass des Protestes ist und dahinter sehr viel mehr Unbill zu vermuten ist. Die Preissteigerung ist durchaus als ein Indiz gewertet worden, dass die Planwirtschaft nicht funktioniert, dass die Erfolgsmeldungen in den Medien Lügen sind, dass sich das System mit seinen vielfältigen Ineffizienzen auch in Zukunft nicht als das Überlegende erweisen wird.

Die Verhaftungswelle im Januar 1988 im Zusammenhang mit der Liebknecht –Luxemburg – Demonstration wurde zu einer Zäsur für die oppositionellen Gruppen. Maßgebliche Akteure hatte man vom Gefängnis aus in den Westen abgeschoben. Für die Oppositionellen war deutlich geworden, dass die marginalisierten Gruppierungen mit ihrem niedrigschwelligen Organisationsgrad kaum in der Lage sind, relevanten Einfluss auf gesellschaftliche Veränderungen zu nehmen. Sie entschlossen sich zu verbindlicheren Organisationsformen in der Hoffnung, breite Bevölkerungskreise einbeziehen und transparente Binnenstrukturen schaffen zu können. So entstand z.B. aus einer ursprünglichen Vereinsidee der Plan, eine sozialdemokratische Partei zu gründen. Andere Gruppierungen wollten ihre basisdemokratische Struktur nicht aufgeben, bildeten aber z.B. Sprecherräte. Im 89er Jahr begannen die Formierungen zu Sammlungsbewegungen die schließlich in die neuen Bürgerbewegungen NF, DJ, DA, bzw. SDP usw. mündeten.

Die Beziehungen zwischen Bevölkerung und oppositionellen Gruppen veränderten sich mit dem Strukturwandel, vor allem aber durch neue Anlässe für Protestaktionen. z.B. die sogen. Ossietzky-Affäre. Im September 1988 wurden Schüler der Carl-von-Ossietzky-Schule in Berlin-Pankow

relegiert, weil sie sich gegen Militärparaden in der DDR ausgesprochen hatten. Schulrausschüsse aus politischen Gründen waren seit 40 Jahren an der Tagesordnung. Aber in diesem Fall führten sie zu einer unvergleichlichen Welle von Solidarität. Warum? Erstens machten die oppositionellen Gruppen das Ereignis bekannt: durch Flugblätter, öffentliche Protestaktionen, über Westmedien. Zweitens boten sie mit Protestveranstaltungen und täglichen Mahnwachen die Möglichkeit, sich zu beteiligen und drittens ging die äußerst rigide Volksbildungspolitik wohl jeden an. Kinder hatten fast alle. Ihnen wegen offener Meinungsäußerungen den weiteren Bildungsweg zu verbieten, schien auch vielen staatsnahen Eltern nicht gerechtfertigt.

Wie ein Katalysator wirkten seit 1987 die Gorbatschowschen Reforminitiativen auf die Spannungen zwischen Bevölkerung und SED-Staatsführung. Als deutlich wurde, dass die SED jegliche Reformüberlegungen rigoros abblockte, mit der Devise, einen Sozialismus in den „Farben der DDR“ zu errichten, nahm der Legitimitätsverfall der Machthaber dramatisch zu, vor allem nun auch in den eigenen Reihen. Die vermeintlichen „Farben der DDR“ waren nicht sichtbar. Das Märchen „Des Kaisers neue Kleider“ war zu Ende erzählt, der Kaiser war nackt.

Das Einfuhrverbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik“ bewies auch den letzten bis dahin Hoffenden, dass die Regierung aus Angst vor dem drohenden Machtverlust erstarrt war. Allerdings ließe sich diese Starrköpfigkeit auch anders interpretieren: Vielleicht gab es in der SED-Führung durchaus die Einsicht, dass ein Kurswechsel á la Moskau für die DDR der Anfang vom Ende bedeutet. Schließlich, und das muss der Führungsriege klar gewesen sein, konnte damit die staatssozialistische Ordnung zur Disposition geraten, was im Falle der DDR die Preisgabe der Eigenstaatlichkeit bedeutete. Die DDR-Staatlichkeit gründete sich ja einzig darauf, eine sozialistische Alternative gegenüber der Bundesrepublik zu sein.

Im Mai 1989 wurden durch organisierte Aktionen der oppositionellen Kräfte die Fälschungen der Kommunalwahlen aufgedeckt. Jeder konnte ahnen, dass die Ergebnisse des rituellen Zettelfaltens, mehr war es ja nicht, gefälscht waren, wie alle Daten, mit denen sich die Staatsmacht zu legitimieren versuchte. Warum also geriet der Nachweis zum Skandal? Vielleicht war mit der Fälschung von Scheinwahlergebnissen die Absurdität auf die Spitze getrieben. Vielleicht war mit dem Fälschungsnachweis auch nur deutlich geworden, dass die SED nicht mal mehr in der Lage war, ihre Konspiration zu sichern. Oder manche wagten deshalb den Protest, weil eine Gegenkraft sichtbar geworden war, die die Lüge enttarnte. Diejenigen, die die Wahlfälschung aufgedeckt hatten, erstatteten Anzeige. Damit brachten sie die Regierenden unter Druck. Das Massaker in Peking Anfang Juni wurde von der SED, ihren Medien und der Volkskammer als Sieg über die Konterrevolution gefeiert. Auch diese Reaktionen ließen die Empörung und Wut in immer breiter

werdenden Bevölkerungsteilen weiter eskalieren. So kam eins zum andern. Die SED-feindliche Stimmung kochte hoch.

Alle diese Ereignisse, die Wartburgkrise, die Ossietzky-Affaire, das Sputnik-Verbot, die Wahlfälschung und die Begrüßung des Pekinger Blutbades waren für bestimmte Teile in der Bevölkerung Anlass, den Machthabern endgültig die Loyalität aufzukündigen. Den verschiedenen Anlässen gemeinsam ist die Empörung darüber, dass die SED-Führung glaubte, das Volk mit Lügen abspeisen zu können, dass jede Transparenz, jede Fehlerdiskussion verweigert wurde, dass das Volk für unmündig und dumm gehalten und damit permanent gedemütigt wurde. Diese Arroganz der Macht verletzte die Würde der Menschen in der DDR tief und nachhaltig. Die im Frühsommer 89 einsetzende Fluchtwelle brachte schließlich das Fass zum Überlaufen. Eine Mischung von Trauer über den Verlust nahe stehender Menschen, Sorge, in einem völlig verödeten Land zurückzubleiben, Angst, im Chaos zu versinken und Wut über die zynischen Reaktionen der politisch Verantwortlichen beherrschte die Stimmung.

Den Anlässen, die jene kritische Stimmung in der Bevölkerung aufheizten, bzw. zum Protest ermutigten, könnten noch andere hinzugefügt werden, z.B. die Aufdeckungen von Umweltverbrechen, Reformen in Polen, Ungarn und der Sowjetunion usw. Die Beispiele, woraus sich in der Bevölkerung die Protesthaltung entwickelte, zeigen, dass es keineswegs nur das Verlangen nach der D-Mark war. Auch den Ausreisenden zu unterstellen, es sei ihnen fast ausschließlich um den westlichen Wohlstand gegangen, ist eine zu verkürzte und damit m.E. falsche Interpretation. Die Fluchtwelle als eine Abstimmung mit den Füßen für das Grundgesetz zu bezeichnen halte ich für ebenso fragwürdig. In allererster Linie war es die Flucht aus einer unerträglichen und hoffnungslosen Situation, dem moralischen, geistig-kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Bankrott des Systems.

Die Bürgerbewegungen fühlten sich in dieser Zeit dazu berufen, das Protestpotential zusammenzuführen, zur Initiative für Veränderung zu ermutigen, Foren zur breiten Volkssausprachen zu errichten und Anstöße zur Erneuerung der Strukturen zu vermitteln. Sie wandten sich dagegen, von mutmaßlich reformoffenen SED- Kadern, von Gorbatschow in Moskau oder aus dem Westen Hilfe zu erhoffen. Der erste Schritt in die Freiheit wurde darin gesehen, zu mündigen Bürgern zu werden. „Selbstbestimmung“ hieß das zentrale Wort des Aufbruchs: „WIR sind das Volk“. Wir ziehen uns am eigenen Zopf aus dem Sumpf!

Wenn die in den 80er Jahren gereiften Oppositionellen in den Protestbewegungen des Herbstes 1989 auch ein Faktor unter vielen anderen waren, so spielten sie doch wieder eine Rolle, als die Revolution in die Phase kam, in der es nicht mehr in erster Linie um die Entmachtung der SED ging, sondern um einen geordneten, friedlichen Übergang in ein „offenes Land mit freien

Menschen“, wie Transparent Gesine Oltmanns und Kathrin Hattenhauer, also um den Weg in die Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Hier spielten die drei Monate des Runden Tisches eine Rolle. Dieser hatte sich am 7. Dezember 1989 die Aufgabe gestellt, die ersten freien Wahlen vorzubereiten. Damit war der Weg offen, der schließlich in die deutsche Wiedervereinigung geführt hat.

Prof. Dr. Daniela Münkel

## Herbst´89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung<sup>6</sup>

»Grundtenor der Meinungsäußerungen ist, die bisherige Parteiführung habe das Vertrauen des Volkes endgültig verloren. Ihr wird die Fähigkeit und auch der ehrliche Wille zur Durchsetzung von Reformen und Veränderungen generell abgesprochen. Immer stärker werden [...] von progressiven Kräften, darunter leitende Kader und Mitarbeiter zentraler staats- und wirtschaftsleitender Organe sowie von Kombinat- und Betriebsleitungen, Forderungen nach völliger Offenlegung der grundsätzlichen Probleme in Partei, Staat und Gesellschaft, insbesondere in der Volkswirtschaft, bis hin zur Finanz- und Creditsituation der DDR gestellt.«<sup>7</sup>

Diese schonungslose Zusammenfassung der herrschenden Stimmungslage musste der seit 18. Oktober 1989 amtierende neue Generalsekretär des ZK der SED, Egon Krenz, in einem geheimen Bericht der Staatssicherheit über »Reaktionen der Bevölkerung« vom 6. November 1989 lesen. Nun waren es laut MfS schon seit September nicht mehr nur »feindliche Sammlungsbewegungen« oder »oppositionelle Elemente«, die sich gegen die DDR-Führung und ihre reformunfähige Politik stellten,<sup>8</sup> sondern auch die sogenannten »progressiven Kräfte«, die Stützen des Regimes und zahlreiche SED-Mitglieder, was für das Regime das endgültige Ende bedeuten sollte. Denn aus der relativ überschaubaren Zahl aktiver Oppositioneller, die in den ersten Monaten des Jahres 1989 agierten und denen insbesondere mit der öffentlichen Anprangerung der Wahlfälschung während der Kommunalwahl

<sup>6</sup> Bei dem Text handelt es sich um eine gekürzte Version von: Daniela Münkel: Einleitung, in: Dies. (Hg.): Herbst´89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Berlin 2014 (2. Aufl.), S. 6-20. Die im Folgenden genannten Berichte und Informationen ab 16.9.1989 sind in dem Band abgedruckt.

<sup>7</sup> BStU, MfS, ZAIG 4263 Bericht O/232.

<sup>8</sup> Bereits am 11.9.1989 hatte die Stasi berichtet, dass sich SED-Mitglieder »kaum noch von Parteilosen unterscheiden«; Vgl. Bericht O/223 abgedruckt in: Mitter, Armin; Wolle, Stefan: Ich liebe euch doch alle. Befehle und Lageberichte des MfS Januar – November 1989. Berlin 1990, S. 148-152, hier 148.

am 7. Mai 1989 ein erster Etappensieg zur Etablierung einer breiteren Opposition gelungen war, wurde innerhalb weniger Wochen im Oktober und November 1989 eine Massenbewegung, die durch eine »friedliche Revolution« das alte Regime schrittweise delegitimierte und entmachtete.

Im Folgenden werde ich mich auf die geheimen Berichte des MfS an die SED-Führung im dramatischen Zeitraum von Mitte September 1989, als die Opposition beginnt, sich programmatisch und organisatorisch neu aufzustellen, bis zur Maueröffnung am 9. November 1989, als die erste Etappe der friedlichen Revolution abgeschlossen war, beziehen.<sup>9</sup> Dabei wird nach einem kurzen Abriss der Entwicklung des MfS-Berichtswesens zu fragen sein, inwieweit die Staatsicherheit über die Vorgänge in der DDR im Herbst 1989 informiert war, welche Ursachen sie für die Entwicklung ausmachte, welche Handlungsoptionen aufgezeigt wurden und ob eine Rezeption der Berichte durch die Parteiführung stattfand.

### *Das Berichtswesen der Staatssicherheit*

Die regelmäßige Berichterstattung des MfS an die politische Führung geht auf den 17. Juni 1953 zurück. Eine Konsequenz, die die SED aus dem Aufstand zog, war die Einführung eines institutionalisierten, auf geheimdienstlichen Informationen basierenden Berichtssystems über die Lage in der DDR für die Partei- und Staatsführung. Dieses Berichtswesen unterlag zwischen 1953 und 1989 mannigfaltigen Veränderungen: Dies gilt für den Aufbau und den Charakter der Berichte genauso wie für den organisatorischen Rahmen ihrer Entstehung.<sup>10</sup> Die Berichte, die 36 Jahre lang in unterschiedlichen Formen und Frequenzen angefertigt wurden, offenbaren

---

<sup>9</sup> Der gesamte Jahrgang 1989 wird im Jahr 2019 in der Reihe »Die DDR im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung 1953 bis 1989«, hg. von Daniela Münkel im Auftrag des BSTU erscheinen. Einen Überblick über die Berichte des Jahres 1989 gibt Münkel, Daniela: Die DDR im Blick der Stasi 1989. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21-22/2009, S. 26–32; zu ausgewählten Aspekten Gieseke, Jens: »Seit Langem angestaute Unzufriedenheiten breitetester Bevölkerungskreise« – Das Volk in den Stimmungsberichten des Staatssicherheitsdienstes. In: Henke, Klaus-Dietmar (Hg.): Revolution und Vereinigung 1989/90. Als in Deutschland die Realität die Phantasie überholte. München 2009, S. 130–148.

<sup>10</sup> Zu Veränderungen von Aufbau und Struktur der »Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe« (ZAIG) im MfS sowie zur Entwicklung des Berichtswesens vgl. ausführlich Engelmann, Roger; Joestel, Frank: Die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (MfS-Handbuch), Berlin 2009.

den Stasi-spezifischen Blick auf die DDR-Verhältnisse: Hinweise auf vermeintliches oder wirkliches oppositionelles Verhalten sind dort ebenso zu finden wie Problemlagen in Wirtschaft und Versorgung sowie Statistiken zu Devisenumtausch, Ausreise- und Fluchtfällen. Scheinbar Triviales steht neben den größeren und kleineren »Schwierigkeiten«, die sich bei der Etablierung und Aufrechterhaltung der SED-Herrschaft und dem Aufbau des »real existierenden Sozialismus« ergaben. Es entfaltet sich ein breitgefächertes Spektrum von Themen, die im weitesten Sinn sicherheitsrelevant waren, und Tiefenbohrungen in die DDR-Gesellschaft, bei denen Herrschaftsalltag anschaulich wird.

Die Stasi professionalisierte im Laufe der Jahrzehnte ihr Berichtswesen, d.h. sie verbesserte die empirische Zuverlässigkeit sowie die sprachliche und analytische Qualität ihrer Berichte.

### *Rezeption der ZAIG-Berichte durch die Parteiführung*

Im Jahr 1989 fertigte die »Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe« (ZAIG) im MfS insgesamt 239 Inlandsberichte (»Informationen«) für die Staats- und Parteiführung der DDR an. Darüber hinaus wurden bis zum 24. November 1989 21 Berichte über die Stimmung in der Bevölkerung (»Reihe O«) verfasst, die vor allem für die oberste Stasi-Führungsriege – den Minister, seine Stellvertreter sowie die jeweils zuständigen Leiter zentraler Dienstleistungen – zum internen Gebrauch bestimmt waren. Angesichts der sich zuspitzenden Lage im Laufe des Jahres 1989 wurde der Verteilerkreis erweitert. Waren in »normalen« Zeiten die Verteiler der Berichte in der Regel sehr klein gehalten, so änderte sich dies im Herbst 1989: Nun weisen die Verteiler neben dem SED-Generalsekretär und einigen Fachministern, in der Regel das gesamte Politbüro aus. Ein Kennzeichen für die Brisanz der Lage.

Was die Rezeption der »Informationen« durch die politische Führung der DDR im Jahr 1989 betrifft, so lässt sich anhand eines Abgleiches mit den

Protokollen der Politbürositzungen des Jahres 1989 Folgendes konstatieren: Ein direkter Bezug zu ZAIG-Berichten wurde nur in einer Politbürositzung hergestellt:<sup>11</sup> Hier wurden Informationen über geplante Aktivitäten von Oppositionellen im Rahmen der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989 herangezogen und ausgewertet.<sup>12</sup> In zahlreichen weiteren Fällen lässt sich allerdings ein Zusammenhang mit den in den ZAIG-Berichten erwähnten Ereignissen feststellen. Dieser bezieht sich zum einen darauf, dass Ereignisse im Nachhinein zur besseren Information des Politbüros ausführlich beschrieben und bewertet wurden. Zum anderen wurden Reaktionen der Bevölkerung und Auswirkungen von Politbürobeschlüssen erörtert und analysiert. Wie kaum anders zu erwarten, lagen die thematischen Schwerpunkte dabei im Jahr 1989 auf den Themen Opposition, Kirche, Ausreise sowie den Reaktionen auf die politischen Umwälzungen seit Oktober 1989. Hinzu kam die direkte Unterrichtung Honeckers durch Mielke in Vieraugengesprächen. Solche Gespräche dürften seit dem 18. November 1989 auch zwischen Krenz bzw. Modrow und dem neuen Chef des »Amtes für nationale Sicherheit«, Wolfgang Schwanitz, stattgefunden haben.

### *Was wusste die Stasi?*

Ohne dem Mythos von der »Allwissenheit und Allgegenwärtigkeit« der Stasi in der DDR das Wort reden zu wollen, lässt sich schon allein aufgrund der ZAIG-Berichte nicht von der Hand weisen, dass die Staatssicherheit sehr präzise über die Situation in der DDR, die Stimmung der Bevölkerung, die expandierende Oppositions- bzw. Ausreisebewegung sowie die Dynamik der Entwicklung im Bilde war. Diese Informationen gingen weit über

---

<sup>11</sup> Die geringe Zahl direkt nachweisbaren Bezüge zu einzelnen ZAIG-Berichten in den Sitzungen des Politbüros ist kein Spezifika des Jahres 1989: So sind im Jahr 1988 gerade einmal vier direkte Bezugnahmen nachzuweisen. Diese beziehen sich auf Opposition, Ausreise und Kirche bzw. das Verhältnis von Staat und Kirche. Im Jahr 1976 ist sogar nur ein direkter Bezug zu rekonstruieren. Hier handelte es sich um einen Fall von Umweltverschmutzung – durch Mängel bei den ortsansässigen Motorradwerken war es zu massiven Verunreinigungen des Flusses Zschopau gekommen; vgl. Information 672/76 v. 27.9.1976; BStU, MfS, ZAIG 2569.

<sup>12</sup> Vgl. Protokoll der Sitzung des Politbüros des ZK der SED v. 9.5.1989; BArch DY 30/J IV 2/2-2328 - Information 182/89 v. 21.4.1989; BStU, MfS, ZAIG 3783.

Veröffentlichungen der »Westmedien« hinaus. Die Informationen, die die Staatssicherheit verarbeitete, stammten – neben eigenen »Beobachtungen« und offen zugänglichen Quellen – aus IM-Berichten oder der Postkontrolle, anderem konspirativ beschafftem Material sowie Abhöraktionen. Darüber hinaus wurden auch partiell Berichte aus den »Westmedien« hinzugezogen. Bemerkenswert ist, dass der Staatssicherheit solche inoffiziellen »Informationsquellen« noch bis zum Ende der Berichtstätigkeit zur Verfügung standen, obwohl das IM-Netz während des Herbstes 1989 besonders schnell erodierte.<sup>13</sup>

Ab September 1989 erhöhte sich die Berichtsfrequenz im Vergleich zu früheren Zeiten, im Oktober wurde sogar zeitweise mehrmals täglich berichtet. Die Themenschwerpunkte lagen bei den Kirchen (35 »Informationen«) sowie der Opposition und ihren Organisationen (57 »Informationen«). Auffällig ist, dass sich in den letzten Wochen vor dem Mauerfall die Feindbildstereotypen, die in der Berichterstattung mal mehr, mal weniger auftauchen und je nach politischer Linie der SED differieren konnten, beginnen aufzulösen.

Nun heißt es nicht nur, dass die »Sammlungsbewegungen« »ausnahmslos alle wesentlichen Bereiche der Gesellschaft« durchdringen,<sup>14</sup> sondern das MfS nimmt auch zur Kenntnis, dass immer mehr Trägergruppen des Regimes und SED-Mitglieder nicht nur verunsichert waren, sondern das Vertrauen in die Reformfähigkeit der politischen Führung verloren und begannen sich abzuwenden.

Die DDR-Staatssicherheit war in jedem Stadium bestens über den Stand der Dinge informiert und berichtete darüber an die Partei- und Staatsführung. Am 19. September 1989 fertigte das MfS einen Bericht, der eine ausführliche Darlegung der Versuche, der diversen Oppositionsgruppen sich anders zu organisieren, sich feste Strukturen zu geben und damit aus der Illegalität

---

<sup>13</sup> Vgl. dazu ausführlich Süß, Walter: Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern. Berlin 1999 (2. Aufl.), S. 225 ff. u. 508 ff.

<sup>14</sup> BStU, MfS, ZAIG 3756 Information 485/89.

herauszutreten und ihre Basis zu verbreitern, enthielt.<sup>15</sup> Im Fokus steht vor allem die Bildung des »Neue Forum« sowie die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), von »Demokratie Jetzt« und des »Demokratischen Aufbruch«. Da es der Staatssicherheit gelungen war, in alle Gruppen inoffizielle Mitarbeiter einzuschleusen und die führenden Protagonisten der Opposition häufig auch abgehört wurden,<sup>16</sup> war sie über die aktuelle Situation, Personen, mittel- und längerfristige Pläne sowie die nächsten Schritte der Opposition bestens informiert und konnte dieses Wissen an die Parteiführung umgehend weiterleiten.

Auch als die Demonstrationen im Oktober und Anfang November 1989 ihren Höhepunkt erreichten, berichtete die Stasi weiter vor allem von dem Ablauf, den Parolen und Forderungen. Was diese Demonstrationen für das Machtmonopol der Partei und seiner Führung bedeuteten, wird allerdings nicht thematisiert.<sup>17</sup> Am 10. Oktober 1989 wurde ein langer Bericht über die großen Demonstrationen in Leipzig, Dresden und Magdeburg verfasst,<sup>18</sup> in dem neben der Beschreibung der Aktivitäten der Opposition, der Teilnehmerzahlen an Demonstrationen und Veranstaltungen, dem friedlichen Charakter und der Erwartungshaltung der Demonstranten auch die Erwartung thematisiert wird, dass der Staat den angekündigten Dialog nun auch in die Tat umsetzen sollte – wozu er, wie sich schnell herausstellte, nicht wirklich fähig war. Interessant ist, dass dieser Bericht, obwohl eine größere Verteilung an Politbüromitglieder vorgesehen war, nach Anordnung des Chefs der ZAIG, Werner Irmeler, nur intern verteilt wurde. Wenige Tage, später am 13. Oktober 1989, wurde ein zusammenfassender Stimmungsbericht über die Reaktionen der Bevölkerung auf das »Neue Forum« erstellt und – wie bereits angesprochen – entgegen der üblichen Usancen auch an ausgewählte

---

<sup>15</sup> Vgl. BStU, MfS, ZAIG 3756 Information 416/89.

<sup>16</sup> Diese Telefonabhörprotokolle sind mittlerweile publiziert; vgl. Kowalczyk, Ilko-Sascha; Polzin, Arno (Hg.): Fasse Dich kurz! Der grenzüberschreitende Telefonverkehr der Opposition in den 1980er Jahren und das Ministerium für Staatssicherheit. Göttingen 2014.

<sup>17</sup> Vgl. BStU, MfS, ZAIG 3748 Information 452/89.

<sup>18</sup> Vgl. ebd. Zu den Ereignissen in Sachsen vgl. ausführlich Richter, Michael: Die Friedliche Revolution. Aufbruch und Demokratie in Sachsen 1989/90. 2 Bde, Göttingen 2009.

Politbüromitglieder verschickt.<sup>19</sup> Der Bericht beschäftigt sich auch ausführlich mit den Meinungen der Trägerschichten des Regimes, deren durchaus vorhandener Sympathie für das »Neue Forum« sowie vor allem deren Erwartungen an die Parteiführung. Hier wurde dezidiert Kritik an dem zurückhaltenden und kopflosen Verhalten der SED-Führung geübt sowie das Eintreten in einen ernsten Dialog mit den oppositionellen Kräften eingefordert. Bezüglich der Ausreise- und Fluchtbewegung ist festzustellen, dass sich das MfS seit September 1989 nicht mehr nur darauf konzentrierte, die Tatsache einer massenhaften Abwanderung von DDR-Bürgern zu konstatieren, sondern sich nun auch dezidiert mit den Gründen und vor allem den Folgen für die DDR auseinandersetzte. Neben den Wochenberichten, in denen sowohl die Gesamtzahlen der Ausreiser und Flüchtlinge als auch spektakuläre Einzelfälle präsentiert werden, beschäftigt sich u.a. ein Bericht ausführlich mit der Thematik bezogen auf die Ausreise von Flüchtlingen am 4./5. Oktober 1989, die in der bundesdeutschen Botschaft in Prag Zuflucht gesucht hatten.<sup>20</sup> Eine Bedingung für die Zustimmung der DDR-Führung zur Ausreise war, dass die Züge über das Gebiet der DDR fahren, damit die Betreffenden offiziell ausgebürgert werden konnten. In Dresden, wo die Züge passierten, kam es zu gewalttätigen Zusammenstößen von Polizei, Staatssicherheit und Armee mit Ausreisewilligen. Demonstranten wurden stundenlang eingekesselt. Die Staatsmacht reagierte mit massiver Gewalt und zahlreichen Festnahmen<sup>21</sup>. All dies wird zwar benannt, ohne aber zu vergessen, die fragwürdigen »Leistungen« der Sicherheitskräfte hervorzuheben und sich des eigenen Tuns selbst zu vergewissern. »Die an der Realisierung der zentralen Entscheidung beteiligten Kräfte der Schutz- und Sicherheitsorgane sowie der Eisenbahnpersonale der Deutschen Reichsbahn und der ČSSR-Staatsbahn haben die gestellten Aufgaben mit

---

<sup>19</sup> BStU, MfS, ZAIG 4260 Bericht O/229.

<sup>20</sup> Vgl. BStU, MfS, ZAIG 3806 Information 441/89.

<sup>21</sup> Vgl. dazu ausführlich Süß: Staatssicherheit am Ende, S. 252 ff; Kowalczyk: Ilko-Sascha: Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR. München 2009, S. 365 f.

hoher Disziplin und Einsatzbereitschaft sowie einem aufopferungsvollen Verhalten durchgeführt.«<sup>22</sup>

Ist die Hervorhebung der Verdienste und des erfolgreichen Agierens vor allem des MfS ein Muster, was sich in allen Berichtsjahrgängen wiederfindet, finden sich nun auch Forderungen, dass MfS und sein Handeln öffentlich zu verteidigen und nicht als Sündenbock für alle Fehlleistungen abzustempeln – eine Tendenz, die die DDR-Führung seit Amtsantritt von Egon Krenz befördert hat, um vom eigenen Unvermögen und Fehlleistungen abzulenken.

### *Ursachenermittlung*

Die Staatssicherheit versuchte, in ihrer Berichterstattung auch den Ursachen für die Unzufriedenheiten der breiten Masse der DDR-Bevölkerung, der Fluchtwelle sowie für das Erstarren der Oppositionsbewegung auf den Grund zu gehen. Dabei sind vor allem zwei widersprüchliche Argumentationsebenen auszumachen: 1. Eine ideologisch motivierte Begründung, die die Entwicklung auf den Einfluss des »Klassenfeindes« in Form von »Westinfiltration« und »Westmedien« zurückführte. 2. Eine relativ nüchterne Ursachenanalyse, die die Gründe in den Defiziten der DDR-Innen- und Gesellschaftspolitik suchte – hier ist ein qualitativer Unterschied zu allen vorangegangenen Berichtsjahrgängen festzustellen. Ursachen wurden zwar auch früher schon benannt, allerdings in der Regel nur auf einzelne, zeitlich begrenzte Probleme in der Wirtschaft oder anderen Bereichen zurückgeführt. Das erstgenannte Argumentationsmuster ist demgegenüber kein Spezifikum des Jahres 1989, sondern durchgängig zu finden, es dominiert in den Berichten an die Partei- und Staatsführung zu Ereignissen und Problemlagen (Reihe »Informationen«), wird aber häufig auch in den Stimmungsberichten (O-Reihe) ins Feld geführt. Ein großer Einfluss der Westmedien auf die Meinungsbildung von Teilen der DDR-Bevölkerung ist offensichtlich, ebenso,

---

<sup>22</sup> BStU, MfS, ZAIG 3806 Information 441/89.

dass die Bürgerrechtler die Medien der Bundesrepublik angesichts einer nicht vorhandenen pluralen medialen Öffentlichkeit in der DDR nutzten, um nicht nur, auf ihre Aktivitäten und Ziele aufmerksam zu machen, sondern auch um eine breite Öffentlichkeit herzustellen und dadurch einen gewissen Schutz vor staatlicher Repression zu erlangen.<sup>23</sup> Die Oppositionsbewegung in der DDR wird allerdings selbst vom MfS nicht ausschließlich auf den Einfluss des westlichen Auslandes reduziert, auch andere, durchaus treffendere Feststellungen finden sich in den Stasi-Analysen. Auffällig ist jedoch, dass sich im September 1989, also in der Phase der beschleunigten Erosion des Regimes, die klassischen ideologischen Argumentationsmuster eher wieder verstärken. In der Information vom 19. September 1989 über die »oppositionellen Kräfte« konnte man wiederum lesen:

»Nach dem MfS vorliegenden zuverlässigen Hinweisen unterhält die Mehrzahl der Vorgenannten [Bürgerrechtler, D.M.] stabile und intensive Verbindungen zu führenden Vertretern politischer Parteien in der BRD und Westberlin [...] zu den Schaltstellen subversiver Aktivitäten gegen die DDR agierenden Kräften im westlichen Ausland [...] zu antikommunistischen Führungskräften der westeuropäischen Friedensbewegung und nicht zuletzt zu in der DDR akkreditierten Korrespondenten westlicher Medien«.<sup>24</sup>

Diese teilweise auf Erfahrungen der fünfziger und sechziger Jahre zurückgehende ideologische Befangenheit der Staatssicherheit, resultierte vor allem daraus, dass die Führungspositionen im MfS, wie auch im Staatsapparat und in der SED, 1989 noch mit Personen besetzt waren, die in der Hochzeit des Kalten Krieges politisch geprägt worden waren und sich von dieser Sichtweise offenbar nicht lösen konnten.<sup>25</sup> Darüber hinaus haben ein massiver Realitätsverlust und der unerschütterliche Glaube an die unaufhaltsame Verwirklichung des realen Sozialismus in der DDR-Führungsriege solche Interpretationen begünstigt. Ebenso wurden Vergleiche

---

<sup>23</sup> Vgl. u.a. Kowalczuk: Endspiel, S. 251.

<sup>24</sup> BStU, MfS, ZAIG 3756 Information 416/89.

<sup>25</sup> Vgl. dazu u.a. auch Süß: Staatssicherheit am Ende, S. 745.

der Lage im Herbst 1989 mit den »konterrevolutionären Ereignissen am 17. Juni 1953« gezogen.<sup>26</sup> Vor diesem Hintergrund ist auch zu erklären, warum die zutreffende Benennung der innen- und gesellschaftspolitischen Ursachen der Unzufriedenheit der DDR-Bevölkerung, die schließlich in der »friedlichen Revolution« vom Herbst 1989 münden sollten, vor allem in den Stimmungsberichten zu finden sind. Entkleidet man diese Berichte den gängigen berichtsmanenten Floskeln, die die Maßnahmen der SED-Regierung positiv bewerten,<sup>27</sup> ergibt sich eine erstaunlich treffende Analyse der Problemlagen der DDR-Gesellschaft. Im November 1989 schrieb das MfS, dass es »Forderungen nach völliger Offenlegung der grundsätzlichen Probleme in Partei, Staat und Gesellschaft, insbesondere in der Volkswirtschaft, bis hin zur Finanz- und Kreditsituation der DDR«<sup>28</sup> gebe, damit die Probleme gelöst werden könnten.

Neben den angeführten Gründen, wurden auch die (wieder)erstarkte Oppositionsbewegung in Polen und Ungarn sowie die Politik Gorbatschows in der Sowjetunion als Ursachen für die innenpolitische Lage in der DDR angeführt. Darüber hinaus weisen die Berichte auch auf das »Versagen« der SED hin. Mangelnde Konsummöglichkeiten, Versorgungsprobleme aller Art, die Medien- und Informationspolitik der SED, die fehlenden Reisemöglichkeiten, das Erstarken der Oppositionsbewegungen u.a. in Polen sowie Glasnost und Perestroika in der Sowjetunion sind genau die Ursachen für die »friedliche Revolution«, die auch die zeithistorische Forschung ausgemacht hat.<sup>29</sup>

---

<sup>26</sup> BStU, MfS, ZAIG 4257 Bericht O/226 vom 8.10.1989,.

<sup>27</sup> Zum Aufbau und Sprachstil der Lage- und Stimmungsberichte des MfS vgl. Uta Stolle, Traumhafte Quellen. Vom Nutzen der Stasi-Akten für die Geschichtsschreibung. In: Deutschland Archiv 30(1997), S. 209–221.

<sup>28</sup> BStU, MfS, ZAIG 4263 Bericht O/232.

<sup>29</sup> Vgl. dazu u.a. Kowalczyk: Endspiel; Dalos, György: Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa. München 2009; Rödder, Andreas: Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung. München 2009, sowie eher aus Zeitzeugenperspektive Neubert, Ehrhart: Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989/90. München, Zürich 2008.

## *Handlungsvorschläge*

Die Staatsicherheit hat sich in ihren Berichten an die Staats- und Parteiführung im Jahr 1989 nicht nur auf die Darlegung ihrer Erkenntnisse und deren Analyse beschränkt, sondern auch Handlungsoptionen aufgezeigt bzw. -vorschläge unterbreitet. Die Vorschläge, die das MfS Erich Honecker und führenden Mitgliedern des Politbüros im Hinblick auf die Oppositionsbekämpfung unterbreitete, deuten auf eine Doppelstrategie hin, die sowohl Maßnahmen der »Zersetzung« als auch des Entgegenkommens und der Deeskalation enthielten.<sup>30</sup>

Um die Opposition zu destabilisieren, versuchte man durch den gezielten Einsatz von SED-konformen Personen im oppositionellen Milieu die Entwicklung zu kontrollieren.<sup>31</sup> Da diese Strategie trotz zahlreicher inoffizieller Mitarbeiter in den diversen Oppositionsgruppen in der zweiten Jahreshälfte 1989 immer seltener aufging, versuchte man die unzufriedenen Bürger einzubinden und propagierte auch den »Dialog« mit Oppositionellen – eine Strategie, die die Parteiführung unter Egon Krenz ebenso verfolgte. Da es hier jedoch nicht um einen Dialog im eigentlichen Sinn ging, sondern in inszenierten Versammlungen seitens der Führungskader in der Regel die üblichen Floskeln verbreitet wurden,<sup>32</sup> war die Strategie nicht erfolgreich und stieß auf massive Kritik seitens der Opposition, die im Oktober/November immer nachdrücklicher einen echten Dialog forderte.

In Dresden eskalierte – wie bereits erwähnt – die Lage am 4./5. Oktober 1989, als die Stasi gegen Demonstranten mit Gewalt vorging, ebenso in Berlin am 7. Oktober.<sup>33</sup> Auch dieses Vorgehen brachte nicht den gewünschten Erfolg und wurde, begünstigt durch ein Umdenken bei den Sicherheitskräften und den außenpolitischen Konstellationen, somit wieder aufgegeben. In einer

---

<sup>30</sup> Zur MfS-Taktik der »Zersetzung« vgl. Pingel-Schliemann, Sandra: Zersetzen. Strategie einer Diktatur. Berlin 2002.

<sup>31</sup> Zur Strategie der Stasi ausführlich vgl. Süß: Staatssicherheit am Ende, S. 223 ff.

<sup>32</sup> Zur Dialogstrategie der Regierung vgl. ausführlich Kowalczuk: Endspiel, S: 427 ff.

<sup>33</sup> Vgl. dazu ausführlich Süß: Staatssicherheit am Ende, S. 245 ff.

Information vom 30. Oktober 1989, über den Stand der Bürgerrechtsbewegung, empfiehlt das MfS dann eine zurückhaltende Vorgehensweise und fragt nach der Sinnhaftigkeit das »Neue Forum« weiterhin als illegale Gruppe zu behandeln.

### *Schlussbemerkungen*

Die Berichte der DDR-Staatssicherheit aus dem Jahr 1989 lassen folgende Feststellungen zur Rolle der Staatssicherheit in der untergehenden DDR zu: Es wird ersichtlich, dass die Staatssicherheit sehr genau über die Vorgänge in der DDR, die sich zunächst im engen Rahmen und dann auf breiterer Basis formierende Oppositionsbewegung, die Ausreisebewegung, die Kritikpunkte der Bevölkerung am SED-Regime und seinem Führungspersonal im Allgemeinen sowie an den Versorgungslücken im Konsum- und Arbeitsbereich im Speziellen, informiert war. Dabei befürwortete das MfS als Reaktion auf die veränderten Verhältnisse in ihren »Handlungsempfehlungen« an die politische Führung eine Doppelstrategie: einerseits die Fortführung und Erweiterung der seit den siebziger Jahren bereits praktizierten »Zersetzungstaktik« gegenüber einzelnen Oppositionellen bzw. Oppositionsgruppen, andererseits politische Zugeständnisse zur Entschärfung der Lage.<sup>34</sup> Daneben wurden allerdings auch Szenarien einer gewaltsamen Niederschlagung der Oppositionsbewegung theoretisch durchgespielt.<sup>35</sup> Letztendlich gelang es dem MfS trotz der umfassenden Kenntnisse über die Oppositionsbewegung und der weithin zutreffenden Analyse der Bevölkerungsstimmung jedoch nicht, sich von ideologisch festgefahrenen Interpretationsmustern zu lösen.

---

<sup>34</sup> Ilko-Sascha Kowalczyk interpretiert diesbezüglich die Rolle Mielkes zutreffend anders als bisher: »Die Diskussions- und Entwicklungsprozesse seit 1987 zeigten, dass er [Erich Mielke – D. M.] eher für vorsichtige Wandlungen im System plädierte; unnachgiebig gegen Feinde und Gegner vorgehen, aber zugleich offensiv der Gesellschaft neue und attraktive politische Angebote unterbreiten.« Kowalczyk: Endspiel, S. 477 f.

<sup>35</sup> Vgl. dazu ausführlich Süß: Staatssicherheit am Ende, S. 177 ff.

Erich Mielkes Behauptung: »Alle Unzulänglichkeiten, manchmal von ganz kleinen Dingen nur bis zu den größten, haben wir gemeldet«,<sup>36</sup> kann gerade auch vor dem Hintergrund der MfS-Berichte aus dem Jahr 1989 als weitgehend zutreffend angesehen werden. Ebenso seine Feststellung: »Wir haben Vorschläge gemacht.« Das Unvermögen der Staats- und Parteiführung der DDR auf die Eskalation der Ereignisse angemessen zu reagieren, ist jedenfalls nicht auf eine unzureichende Information durch die DDR-Geheimpolizei zurückzuführen.

---

<sup>36</sup> Redebeitrag von Erich Mielke während der Sitzung der DDR-Volkskammer am 13. November 1989. In: Volkskammer Protokolle, 9. Wahlperiode, Bd. 25, S. 262 f., hier 263.

## **Dr. Dietrich Koch**

### **Der Plakatprotest gegen die Sprengung der Leipziger Universitätskirche St. Pauli**

1968 hatten sich die Kräfte für eine Sprengung der Universitätskirche durchgesetzt. Wie alle meine Bekannten war ich entsetzt. 1240 geweiht, war die Unikirche St. Pauli das älteste erhaltene Gebäude der Universität, sie war die mit Kunstwerken am reichsten ausgestattete Leipziger Kirche. In ihr waren etwa 700 Personen begraben.

Jeden Tag ging ich vor die Unikirche. Es gab Diskussionen. Manche warfen verstoßen einen Blumenstrauß über die Absperrgitter. Auch Fotografieren war verboten. Ich machte heimlich einige Aufnahmen.

Am 27.5.1968 wurde ich von plötzlich erschienener Volkspolizei festgenommen, da ich wegen einer Knieverletzung nicht schnell genug ausreißen konnte. Ich wurde 19 St. lang verhört. Dann wurde die Sache eingestellt und an meine Arbeitsstelle an der DAdW abgegeben, die mich fristlos entließ. Bei der Sprengung: Etwa 85% der Kunstwerke wurden geborgen. Nicht aber die Orgel.

### ***Der Bau der Weckermechanik***

Stefan Welzk war der Aktivste unseres Freundeskreises. Anderthalb Wochen später lud er mich nach Potsdam, wo er seit kurzem als theoretischer Physiker arbeitete, ein, wo er mir etwa Wichtiges zeigen wollte.

In Potsdam hatte er ein großes gelbes Plakat, etwa 1 ½m x 2 ½ m, ausgebreitet: mit schwarzer Farbe die Umrißzeichnung der Unikirche, unten WIR FORDERN WIEDERAUFBAU, links oben 1968 mit einem + dahinter. Ich war begeistert. Stefan erzählte mir, Harald Fritsch habe einen mechanischen oder elektrischen Zeitauslöser zu bauen versucht, Er fragte mich, ob ich einen bauen würde. Ich sagte zu und sagte, er soll einen möglichst großen Wecker kaufen. Er teilte mir noch vertraulich mit, Rudolf Treumann habe das Plakat gemalt. Dann besuchten wir Treumanns. Als ich gerade von Treumann als dem Plakatmaler zu erzählen anfang, kam Treumanns Frau hinzu. Er gab mir ein Zeichen und ich war sofort still. Sie sollte davon nichts wissen.

Am Abend des 19.6. gab mir Stefan in seiner Leipziger Wohnung einen originalverpackten Ruhla-Wecker, den er in Berlin gekauft hatte. Ich ging in die direkt gegenüber liegende Wohnung meiner Eltern, wo ich geeignetes Werkzeug zur Verfügung hatte. Mein Vater war Fachlehrer für Uhrmacher. Meinen Bruder Eckhard, der noch bei unseren Eltern wohnte, weihte ich in die Plakataktion ein. Er war sofort dabei. Wir probierten die Konstruktion, die ich für meine Frau zur Ausschaltung eines Heizofens gebaut hatte aus: Ein Pfaden wickelt sich auf die Aufzugswelle des Weckwerkes auf, wenn dieses klingelt. Jetzt machten wir es umgekehrt. Ein aufgerollter Faden wickelt sich ab, wenn der Wecker klingelt. Bei mehreren Versuchen erwies sich diese Konstruktion als nicht genügend zuverlässig, da sich der Faden verklemmte. Dann kam Eckhard eine gute Idee: Ein Nagel wird durch den Schlitz in der Flügelmutter der Weckwerksaufzugs gesteckt. Wenn sich das Weckwerk dreht, rutscht der Nagel heraus, an dem sich ein Faden, der das aufgerollte Plakat hält, befindet. Mit einem glatten Bilder-Nagel erwies sich diese Konstruktion als zuverlässig. Bei unseren Versuchen klingelte der Wecker immer wieder. Mein Vater kam deshalb ins Zimmer, sah sofort, was wir machten, fragte aber nichts. Schaltet doch das Klingeln ab, sagte er und gab uns den Rat: Öffnet einfach den Wecker und verbiegt den Anschlagswinkel des Weckerblechs. So machten wir es und entfernten, da der Wecker einmal geöffnet war, noch den Abstellknopf des Weckers, damit Stefan nicht unabsichtlich den Wecker abstellte.

Um keine Fingerabdrücke zu hinterlassen, hatte ich Handschuhe getragen. Die fertige Konstruktion war ganz simpel; als Physiker wußten wir, das die einfachste Lösung die beste ist.

Ich ging wieder zu Stefan und baute im Keller mit seiner Hilfe alles zusammen. Von der

Mitwirkung meines Bruders sagte ich vorsichtshalber nichts. Wir stellten die Zeit des Weckers auf kurz vor 8.00 Uhr. Ich bat Stefan noch, alles mit Pfeffer einzusprühen. Außerdem sagte er mir zu, die Reste der Nägel und das Werkzeug wegzuworfen. Als wir fertig waren und gerade die Funktion prüften, kam Harald Fritsch hinzu. Er sollte am nächsten Morgen Stefan zur Kongreßhalle begleiten, und falls alles gut ginge, meine Freundin Bärbel in der Arbeitsstelle anrufen und sagen, das Quantenmechaniklehrbuch von Landau-Lifschitz sei eingetroffen.

Mit dem Rad fuhr ich am Abend noch zum Ehepaar Horst und Marlene Gurgel, unterwegs warf ich Nagelreste und Handschuhe in das Elsterflutbett. Ich sagte Ihnen, daß ich soeben zusammen mit meinem Bruder Eckhard die Konstruktion für das Plakat gebaut hatte, aber Stefans und Harald Fritschs Namen nannte ich nicht. Gurgels waren absolut zuverlässig und haben bis zum Ende der DDR treu geschwiegen.

Am 20.6. zum Preisträgerkonzert des III. Internationalen Bachwettbewerbs entrollte sich kurz vor 8.00 Uhr das Plakat unter großem Beifall und hing etwa 8 Minuten. In der DDR-Presse erschien darüber nichts, nur im West-Berliner Tagesspiegel, der mir in meinem Prozeß in fast zwei Jahren, vorgehalten wurde. Die Verhöre der Stasi begannen. Sie suchten in Kirchen- und Kunsthistorikerkreisen, auf uns 5 Physiker kamen sie nicht.

Mitte Juli erfuhr ich von Stefan, dass er zusammen mit Harald Fritsch von Bulgarien in einem Faltboot mit Außenboardmotor in die Türkei gelangen wollten. Auch mein Bruder glaubte, dass dadurch die Gefahr der Entdeckung für uns stark wüchse.

Stefan Welzk und Harald Fritsch waren – wie auch immer – in den Westen gelangt. Welzk rückte politisch immer weiter nach links. Zu seinen neuen Freunden gehörte Bernard Langfermann, Politologiestudent am West-Berliner Otto-Suhr-Institut, Mitglied des SHB und der SEW, ein ausgewiesener DDR-Sympatisant, Mitherausgeber der marxistisch-leninistischen Zeitschrift „Sozialistische Politik, die apologetisch die DDR und die Sowjetunion feierte.

Die „Runde Ecke“ in Leipzig, in der Welzk 2011 sein Buch über den Plakatprotest vorstellte, schrieb im Internet, Welzk habe Langfermann von den Fluchtabsehten Leipziger Freunde *und vom Plakatprotest erzählt*. Langfermann, später IM „Boris Buch“, ging Anfang Januar zur Stasi in Ost-Berlin und erzählte alles. Welzk verteidigt sich:

„Darauf gründete die spontane Sympathie zwischen uns im Osten und der neuen Linken, auf dieser Abscheu vor jedweder Repression, vor dem Ersticken freien Denkens und Lebens. Dieser Hunger nach undeforziertem Leben, dieser naturrechtlich empfundene Anspruch darauf, das war das Gemeinsame, das die Revoltierenden in der APO antrieb ebenso wie uns, die wir uns nicht mit diesem Poststalinismus abfinden konnten. Menschen, die schon das unbestreitbar auch im Westen gegebene, dort aber sehr viel mildere Ausmaß an Unfreiheit und Repression nicht ertragen wollten, waren die nicht natürliche Verbündete im Widerstand gegen eine zynische Diktatur?“

„Eine Sympathie für spätstalinistische Regime hatte ich Langfermann niemals anmerken können.“ Bei einer Sitzung der Redaktionskonferenz von „Sozialistische Politik“ wurde Welzk angegriffen, weil er reaktionäre Literatur, wie z. B. Habermas, in die DDR einschleuste.

Langfermann und seine Freunde waren öffentlich bekannte DDR-Sympatisanten. Das wußte auch Welzk.

Langfermann besuchte Welzks Freunde in Leipzig, um uns „Fluchthilfeangebote“ in Welzks Auftrag zu machen. Annerose Niendorf und ich lehnten ab.

Am 16. 5. 1970 wurde ich verhaftet. Ebenso vier andere.

### ***Der tiefste Punkt***

Nach 7 Monaten Vernehmungen war der Druck so hoch geworden, dass ich etwas Aktives zu meiner Verteidigung tun wollte. Über meine Mutter schmuggelte ich einen Kassiber auf Zigarettenpapier mit einem Code für meinen Bruder heraus. Damit versteckte ich in den erlaubten

Briefen einen Text. Da das Briefschreiben unter Aufsicht in einem gesonderten Raum stattfand, mußte ich vorher den verschlüsselten Text in dem Brief einbauen und alles in Kopf behalten. Fehler durfte ich nicht machen. Der erste Brief ging nicht raus. Wiedereinmal, dachte ich mir und entwarf einen zweiten. Alles ging schief. Mein Zellenkamerad Dr. Manfred Franke war ein Zelleninformant.

Franceska Weil hat in ihrem Buch unter dem Namen IM „Dr. Munkwitz“ ausführlich über ihn berichtet.

Die Stasi machte eine dritte Haussuchung bei meinen Eltern. Sie stellten alles auf den Kopf bis sie den Kassiber fanden. Nun konnten sie meine Briefe entschlüsseln. Den zweiten Kassiber hatte ich bei mir, als alles aufflog. Ich zerriß ihn und spülte ihn mit der Nudelsuppe im Klo hinunter. Auch diesen zweiten Kassiber hatten sie zusammengesetzt; sie wühlten als sogar in der Scheiße. Einen dritten Kassiber wollte mein Zellenkamerad über seine Tochter ausschmuggeln.

Nun standen meine eigenen Aussagen gegen mich. Aber ich wollte nicht aufgeben, redete vom Zwang zur Kürze, von Verschlüsselungsfehlern usw. „Warnt Stefan vor Spitzeln“ nahmen sie mir besonders übel. Ich würde aus der Haft heraus den Kampf der staatsfeindlichen Gruppe weiter führen. Das sei Spionage, auch für meine Mutter. Das ging tagelang. Sie boten mir einen Deal an. Ich müsse alles gestehen, was ich über die Plakataktion wüßte, dann würden sie auf Spionage und die Kassiber und verschlüsselten Briefe verzichten. Am nächsten morgen sollte ich mich entscheiden.

Der Dienststellenleiter, Major Etzold, kam hinzu. Ich sagte - unvollständig und erheblich falsch: Für Stefan Welzk hätte ich bei einem Wecker das laute Klingeln ausgebaut. Erst *danach* hätte ich erfahren, dass mit diesem Wecker ein Plakat zur Erinnerung an die Universitätskirche in einem Leipziger Konzert entrollt werden sollte.

Koch: „Eine solche Verurteilung brächte der Leipziger Dienststelle keine besondere Anerkennung bei Ihren Vorgesetzten. Aber die Aufklärung der Plakataktion ist Ihnen nun seit über zwei Jahren nicht gelungen. Ihre Leipziger Dienststelle wird sicher von Berlin gedrängt, hier nun endlich Erfolge vorzuweisen. Die beiden Hauptbeteiligten sind in Westdeutschland. Ich habe Ihnen alle Einzelheiten, die ich weiß, berichtet, und zu meiner Beteiligung kann ich Ihnen nicht mehr sagen als der Fall war. Damit hätten Sie die Sache aufgeklärt.“ Selbstbewusst fügte ich hinzu: „Ich bin Ihre einzige Chance, die Sache endlich abzuschließen.““

Die Untersuchungshaft dauerte noch anderthalb Jahre. Zum Plakatprotest sagte ich nichts weiter. Eckhards oder Rudolf Treumanns Namen nannte ich nicht.

In diese Zeit fällt der Antrag von Major Etzold auf meine psychiatrische Begutachtung, in dem es zentral heißt: „*Während der Untersuchungshaft zeigte sich der Beschuldigte ebenfalls sehr uneinsichtig und beging eine Reihe von Anstaltsverstößen, die in diesem Umfange bisher bei keinem Beschuldigten in Erscheinung getreten sind.*“

Die Begutachtung im Haftkrankenhaus für Psychiatrie und Neurologie in Waldheim fand durch Obermedizinalrat Oberstleutnant Dr. Ochernal, Leutnant Dr. Petermann und Frau Oberleutnant Piechocki statt.

Nach weiteren 16 Monaten, also insgesamt 23 Monaten, U-Haft wurde ich verurteilt. In den Urteilsgründen steht: „Der Angeklagte ist in den wesentlichen Punkten des ihm zur Last gelegten strafbaren Verhaltens nicht geständig.“

Das Urteil lautete: Wegen staatsfeindlicher Gruppenbildung, staatsfeindlichem Menschenhandel, vielfacher staatsfeindlicher Hetze und einem Fall von Beihilfe zur Hetze zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt, und „um dem Wiederholen derartigen Verhaltens vorzubeugen und damit die

Gesellschaft vor staatsfeindlichen Angriffen zu schützen - ... ist des weiteren nach Verbüßung der Freiheitsstrafe ... die Einweisung des Angeklagten in eine psychiatrische Einrichtung gem. § 16 Abs. 3 StGB erforderlich.“ (Urteil 13.3.1971)

Wegen Vorbereitung zur Republikflucht und staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme wurde ich freigesprochen.

Damit bin ich der Einzige wegen des Plakatprotestes Verurteilte.

Der Leipziger Historiker Hartmut Zwahr schrieb 2003 in Leipzig:

„Der Transparentprotest WIR FORDERN WIEDERAUFBAU war die spektakulärste, erfolgreichste und wohl bedeutendste Aktion universitären Gruppenwiderstandes 1968 in der DDR, ja vielleicht sogar in der Gesamtzeit des Bestehens der DDR, die verwegenste Aktion, die Aktion mit dem höchsten öffentlichem Wirkungsgrad, hochkonspirativ und getragen von hohem persönlichem Einsatz (...) Der Gruppenprotest vom 20. Juni 1968 war keine kirchliche, sondern eine universitäre Intellektuellen-Aktion, getragen von Naturwissenschaftlern, Christen wie Nichtchristen.“

## **Dr. jur. Axel Smend**

geboren 1944

1964 - 1968 Studium: Rechtswissenschaften, Philosophie, Französisch

1969 -1972 Rechtsreferendar, Assessor

1972 -1994 Commerzbank AG

davon ab 1974 in jeweils leitender Stellung im In- und Ausland, zuletzt Mitglied der Geschäftsleitung der Niederlassung Hamburg

1995-2002 DZ Bank AG

Generalbevollmächtigter in Frankfurt/Main und Berlin

2002 Zulassung als Rechtsanwalt

2002-2/2012 Deutsche Agentur für Aufsichtsräte GmbH - Gründer  
Geschäftsführender Gesellschafter

seit 2010 Rechtsanwalt und Of Counsel bei Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH, Berlin

Sonstiges: Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung 20. Juli 1944

Mitglied des Kuratoriums Freya-von-Moltke-Stiftung

Stellvertretender Vorsitzender des Beirates Silvius Dornier Holding GmbH & Co. KG

Mitglied Baden-Badener Unternehmergepräche

## **Horst Schüler**

geboren 1924

Er war 2001-2007 Vorsitzender der Union der Opferverbände kommunistischer Gewaltherrschaft (UOKG) und ist heute einer ihrer Ehrenvorsitzenden. Horst Schüler wurde 1951 in Potsdam wegen Widerstand gegen das kommunistische System der DDR von einem sowjetischen Militärtribunal zu 25 Jahren Haft verurteilt.

Sein Vater war als Sozialdemokrat im KZ Sachsenhausen gefangen gewesen.

Über vier Jahre war Horst Schüler Zwangsarbeiter in der Strafregion Workuta am Eismeer. Dort gehörte er im Sommer 1953 zu den Teilnehmern eines Häftlingsaufstandes, der niedergeschlagen wurde und in einem Blutbad endete.

nach seiner Heimkehr ab 1955 Tätigkeit als Journalist in Kassel

1964 bis 1989 Redakteur beim Hamburger Abendblatt

Schüler war 1992 der erste deutsche Journalist, der die damals noch geschlossene Stadt und Region Workuta besuchen durfte. Anschließend erschien sein Buch „Workuta- Erinnerung ohne Angst“. Er

organisierte die Ausstellung „Workuta- vergessene Opfer“ und ist seit 1995 Sprecher der Lagergemeinschaft Workuta/GULag-Sowjetunion.

1997 wurde er von Bundespräsident Roman Herzog mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande geehrt. 2003 erhielt er das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse. Für hervorragende journalistische Leistungen wurde Horst Schüler mit dem Theodor-Wolff-Preis ausgezeichnet.

### **Dr. phil. Ehrhart Neubert**

geboren 1940

1964 - 1984 Pfarrer und Studentenpfarrer in Weimar; Mitarbeit in oppositionellen Friedensgruppen

1984 - 1996 Referent in der Theologischen Studienabteilung beim Bund der Ev. Kirchen in Berlin

Juni 1989 Mitglied des Initiativkreises zur Gründung des Demokratischen Aufbruch

Oktober 1989 - Januar 1990 stellv. Vorsitzender des DA

1996 Mitbegründer und seit 2005 Vorsitzender, des Bürgerbüro e. V. zur Aufarbeitung von Folgeschäden der SED-Diktatur

1997 bis 2005 Fachbereichsleiter in der Abteilung Bildung und Forschung der Behörde der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR

1998 bis 2004 Vorstandsmitglied der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

2000-2013 Beiratsmitglied der Stiftung Ettersberg, Weimar.

Publikationen .u.a.: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 bis 1989. Berlin 2000; Unsere Revolution. Die Geschichte der Jahre 1989 und 1990. München 2009

### **Prof. Dr. Manfred Wilke**

geboren 1941

Soziologe und Publizist

1976: Dissertation zum Dr. rer.pol. an der Universität Bremen

1981: Habilitation im Fach Soziologie an der FU Berlin

1985: Professur an der Fachschule für Wirtschaft Berlin

1992: Mitbegründer des Forschungsverbundes SED-Staat, FU Berlin. Bis 2006 einer der beiden Leiter des Forschungsverbundes SED-Staat.

1992-1994 Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommissionen „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages

1995-1998 Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommissionen „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“ des Deutschen Bundestages

2006: Pensionierung als Professor an der Fachhochschule für Wirtschaft

2007: Verzichtete am 1. Mai 2007 auf den Gaststatus im Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin

2011: Verleihung der Ehrenmitgliedschaft des Ludwig Boltzmann Instituts für Kriegsfolgen-Forschung in Graz, Österreich.

## **Ulrike Poppe**

geboren 1953

1971-1973 nach dem Abitur Studium der Kunsterziehung und Geschichte an der Humboldt-Universität Berlin, Studienabbruch

ab 1973 verschiedene Tätigkeiten unter anderem in einem Kinderheim und in einem Krankenhaus, Engagement in Oppositionsbewegungen, die sich vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirche organisieren

1976-1988 Assistentin am Museum für Deutsche Geschichte in Ost-Berlin.

1980 Mitinitiatorin des ersten unabhängigen Kinderladens in Ost-Berlin

1982 Mitbegründerin des Netzwerkes „Frauen für den Frieden“

1983 Das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) überstellt Ulrike Poppe zusammen mit Bärbel Bohley wegen „Verdachts auf landesverräterische Nachrichtenübermittlung“ für sechs Wochen in Untersuchungshaft.

seit 1985 Mitglied der Initiative Frieden und Menschenrechte

1987/88 Regionalvertreterin von Berlin-Brandenburg im Fortsetzungsausschuss des DDR-weiten Netzwerks der unabhängigen Gruppe „Frieden konkret“

1987-1989 Mitglied des Arbeitskreises „Initiative für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“

1989 September: Mitglieder der „Initiative Frieden und Menschenrechte“, der „Initiative für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ verfassen gemeinsam mit anderen Intellektuellen einen „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ und „Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR“. Ulrike Poppe ist Erstunterzeichnerin der daraufhin entstehenden Bürgerbewegung Demokratie Jetzt (DJ).

1989-1991 Mitglied des Sprecherrates der Bewegung DJ

1989-1990 Vertreterin der Vereinigung DJ am Zentralen Runden Tisch

1990 Mitarbeiterin der Volkskammerfraktion Bündnis 90/GRÜNE.

1992 – 2010 Studienleiterin für Politik und Zeitgeschichte an der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg.

1995 zusammen mit anderen Bürgerrechtlern der früheren DDR wird Ulrike Poppe das Bundesverdienstkreuz verliehen

1999 kurzzeitig Mitglied des Gründungsvorstandes der Grünen Akademie bei der Heinrich-Böll-Stiftung

seit 2002 Mitwirkung im Kuratorium des Instituts für Deutschlandforschung an der Ruhr-Universität Bochum

seit März 2010 Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur

### **Dr. Dietrich Koch**

geboren 1937

Physiker und Philosoph sowie politischer Gefangener in der DDR.

1955 bis 1962 Physik-Studium an der Karl-Marx-Universität Leipzig Physik

1962 bis 1968 theoretischer Physiker an der Deutschen Akademie der Wissenschaften

1973 bis 2002 Mitarbeiter der philosophischen Fakultät an der Universität Essen

Er protestierte im Jahr 1968 vor der Leipziger Paulinerkirche gegen die Sprengung der Kirche, wurde festgenommen und von der Akademie der Wissenschaften fristlos entlassen. Kurz darauf konstruierte er gemeinsam mit seinem Bruder Eckhard einen Auslösemechanismus, der während der Abschlussveranstaltung des Internationalen Bachwettbewerbes in der Leipziger Kongresshalle ein Plakat mit der Forderung nach dem Wiederaufbau der Paulinerkirche entrollte.

Zwei Jahre später gelang es dem MfS, die Täter festzustellen, Koch wurde verhaftet und als Einziger für diese Tat verurteilt. Bereits 1969 hatte ihm Carl Friedrich von Weizsäcker Arbeit an seinem Institut und seine Unterstützung zur legalen Ausreise angeboten. Infolge dieser Kontakte wurde Koch zusätzlich wegen staatsfeindlicher Verbindungsaufnahme, staatsfeindlicher Gruppenbildung und Vorbereitung zur Republikflucht sowie staatsfeindlicher Hetze angeklagt. Er wurde zu zweieinhalbjähriger Haft sowie anschließender unbegrenzter Einweisung in die Psychiatrie verurteilt. Das Urteil und das diesem zugrundeliegende Gutachten wurden später von der sächsischen Untersuchungskommission als politischer Psychiatriemissbrauch anerkannt. Im Jahr 1972 wurde Koch nach Westdeutschland abgeschoben, studierte Philosophie, promovierte bei Carl Friedrich von Weizsäcker und Klaus Michael Meyer-Abich.

### **Prof. Dr. Daniela Münkkel**

geboren 1962

Historikerin

ab 1981 Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Politikwissenschaft und Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der Universität Göttingen

1994 Promotion an der Universität Hannover

1994–1996 Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hannover

1997–2000 Werkvertrag mit der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung

2000–2004 wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Hannover

2005 Habilitation an der Universität Hannover

2005 Wissenschaftliche Mitarbeiterin des Deutschen Bundestages

2005–2006 Vertretung des Lehrstuhls für Kultur- und Mediengeschichte an der Universität Saarbrücken

2007–2008 Gastdozentur an der Universität Heidelberg

seit 2008 Projektleiterin in der BStU-Abteilung Bildung und Forschung